

Gewerkschaftsbewegung, die genau wie der DGB den Leuten garantieren könnte, normale Dinge des Arbeitslebens durchzusetzen, dann sähe es mit dem DGB ganz anders aus.

Eine andere Frage! Wer von den maßgeblichen, zu uns gehörenden Leuten im DGB wird bereit sein, im kommenden Bundestagswahlkampf als Parteiredner für uns aufzutreten? Das ist nämlich die entscheidende Frage. Wir sollten diese Diskussion, die sich hier abgespielt hat, nicht nach draußen tragen, sondern zunächst abwarten, wie sich der DGB äußert. Er wird sich wahrscheinlich äußern mit dem alten Slogan: Wählt einen besseren Bundestag! – Ich bin überzeugt, wir werden mit dieser Sache genauso fertigwerden wie in den Jahren 1953 und 1957.

Unsere Freunde in den Sozialausschüssen, die ungeheuer viel für uns geleistet haben, die wollen wir – soweit sie Funktionäre des DGB sind – für unsere Partei als Redner in diesem Wahlkampf einsetzen. Gewiß sind Sie, Herr Bundeskanzler, wegen meines Optimismus nicht immer zufrieden, aber sonst gewinnen wir dieses Geschäft nicht.

Adenauer: Vielleicht bin ich jetzt Ihrer Meinung. – Damit, meine Damen und Herren, können wir wohl unsere Sitzung schließen. Ich danke Ihnen.

19

Bonn, 6. April 1961

Sprecher: Albers, [Altmeier], Barzel, Bauknecht, Blank, Blumenfeld, Burghacher, Dufhues, (Bert) Even, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gurk, [Harlinghausen], von Hassel, Heck, Hoogen, Kraske, Krone, von Merkatz, Müllenbach, Frau Rehling, Schmidt, Schmücker, Schröder, Süsterhenn, Frau Weber, Wuermeling, Zimmer.

Bundesparteitag 1961. Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes. Verschiedenes: Richtergesetz; Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 19.15 Uhr

Von Hassel: Ich darf die heutige Sitzung des Bundesvorstandes eröffnen und Sie herzlich begrüßen. Ich darf stellvertretend für eine Reihe unserer Mitglieder, die im Urlaub oder krank sind, nur unseren Bundesvorsitzenden nennen, der in Cadenabbia

ist¹, uns aber, seine Stellvertreter, autorisiert hat, die heutige Vorstandssitzung hier einzuberufen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch der Frau Kollegin Dr. Weber namens des Bundesvorstandes einen sehr herzlichen Glückwunsch zum 80. Geburtstag aussprechen. (*Beifall.*) Sie haben als besondere Auszeichnung das Schulterband zum Bundesverdienstkreuz bekommen. Wir hoffen alle, daß wir Sie in Ihrer bisherigen Rüstigkeit noch viele Jahre unter uns haben werden. (*Weber: Danke schön!*)

Wegen des Ablaufs dieser Nachmittagssitzung haben wir uns heute morgen im Wahlgremium Gedanken gemacht. Ich würde anregen, uns darauf einzustellen, gegen 18 Uhr mit unseren Verhandlungen fertig zu sein.

BUNDESPARTEITAG 1961

Von Hassel: Wir haben diese Sitzung eigentlich einberufen wegen des Punktes 1: Vorbereitung des Bundesparteitages 1961, denn es bedarf dazu einer Erörterung im Bundesvorstand. Sie werden Verständnis dafür haben, daß diese Besprechung spätestens drei Wochen vor dem Bundesparteitag stattfinden muß. Wir haben für 17 Uhr eine Pressekonferenz einberufen, weil diese Vorbereitung nicht anders behandelt werden kann, als daß man nach der Besprechung das Ergebnis der Presse unklar mitteilt. Ich nehme an, daß wir bis 17 Uhr soweit sein werden.

Sind Sie damit einverstanden, daß wir uns darauf einstellen, um 18 Uhr die Sitzung abzuschließen? (*Zustimmung.*)

Das Wahlgremium, das auch vor dem letzten Bundesparteitag in Karlsruhe die Vorbereitungen getroffen hat, hat sich schon seit geraumer Zeit sehr eingehend mit dem ganzen Thema beschäftigt und Herrn Dr. Heck gebeten, den Parteitag vorzubereiten. Dr. Heck wird von den Vorbereitungen berichten. Er ist noch einmal in Cadenabbia gewesen und hat das Programm mit dem Bundesvorsitzenden und den gesamten Fragenkomplex, der hier angeschnitten wird, besprochen. Ich nehme an, daß das Konzept, das Dr. Heck Ihnen geben wird, sicherlich eine Grundlage darstellt, so daß wohl nicht mehr viel zu diskutieren übrigbleibt. Ich darf Herrn Dr. Heck das Wort erteilen.

Heck: Meine Damen und Herren! Ich darf vorweg einige Worte darüber sagen, welche Überlegungen der Gestaltung des nächsten Bundesparteitages zugrunde liegen, der als letzte große Manifestation der Bundespartei vor den Wahlen gesehen werden muß. Aus den Analysen der Meinungsumfragen hat sich sehr klar ergeben, daß 1. in der Bevölkerung eine große Sorge darüber besteht, ob der Bundeskanzler in seinem Alter noch in der Lage sein wird, die deutsche Politik weiterhin verantwortlich zu führen. Es hat sich 2. aus den Umfragen ergeben, daß neben dem Herrn Bundeskanzler

1 Vom 13. März bis 9. April 1961. Vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 66.

lediglich eine führende Persönlichkeit über eine beachtliche und herausragende Popularität verfügt, nämlich der Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard. Es hat sich 3. aus diesen Umfragen ergeben, daß die Wähler, gleichgültig mit welchen Parteien sie sympathisieren, der Auffassung sind – die einen mit Stolz, die anderen mit Bedauern –, die CDU sei eben die Partei, die über wesentlich fähigere Köpfe verfüge als die übrigen Parteien. Dieser dritte Gesichtspunkt war zunächst einmal maßgebend nach der personellen Seite für die Gestaltung unseres Parteitages.

Es ist zweitens vorgesehen, daß auf dem Parteitag – ausgenommen die Eröffnungskundgebung und die Schlußkundgebung – zwei Persönlichkeiten, nämlich der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister, je ein großes Referat halten. Der Herr Bundeskanzler wird über das Thema „Der Weg der CDU/CSU“ sprechen, wobei er sehr umfassend zunächst grundsätzliche Ausführungen machen und dann darüber sprechen wird, was von der CDU/CSU seither geleistet worden ist; hierbei wird er vor allem auf den ganzen Komplex der Außen- und Sicherheitspolitik eingehen.

Da dieses ganze Thema nicht kreuz und quer durcheinander diskutiert werden kann, wenn die Diskussion einen Eindruck auf die Öffentlichkeit machen soll, geht der Vorschlag dahin, das Thema in vier Abschnitten zu diskutieren. Die Diskussion soll jeweils eingeleitet werden durch ein Kurzreferat von höchstens 20 Minuten Dauer. Über folgende vier Abschnitte soll diskutiert werden:

1. Deutschland – Teil der freien Welt (Dr. Heinrich von Brentano)
2. Verteidigung der Freiheit (Dr. Franz Josef Strauß)
3. Beitrag für die Entwicklungshilfe (Dr. Kurt Georg Kiesinger)
4. Sicherheit für Bürger und Staat (Dr. Gerhard Schröder)

Am zweiten Tag wird das Hauptreferat Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard halten, und zwar liegen hier zwei Vorschläge für folgende Themen vor:

1. Wohlstand für alle – Eigentum für jeden – Soziale Ordnung in Stadt und Land
2. Soziale Ordnung schafft Wohlstand und Sicherheit

Dieses Thema soll in fünf Abschnitten diskutiert werden, wobei der einzelne Abschnitt wiederum Einzelteile bringen wird, und zwar wie folgt:

1. Gutes Geld durch solide Finanzpolitik (Franz Etzel)
2. Bauer und Staat (Werner Schwarz)
3. Die Frau in der modernen Volkswirtschaft (durch eine Frau, deren Namen noch nicht feststeht)
4. Eigentum und Tüchtigkeit, die Fundamente unserer sozialen Ordnung (Theodor Blank)
5. Modernes Bauen, gesundes Wohnen (Paul Lücke)

Es ist vorgesehen, daß die Herren – ich nenne sie jetzt einmal Korreferenten –, die die Diskussionsabschnitte einleiten, mit den Referenten das Thema insgesamt noch einmal durchsprechen. Übernehmen werden das bei dem ersten Thema Herr von Brentano, bei dem zweiten Thema Herr Professor Erhard. Außerdem sollen sich die Referenten, die die Diskussionsabschnitte einleiten, mit etwa fünf oder sechs Teilnehmern des Parteitages vorher zusammensetzen und das Thema durchsprechen,

damit wir für die Aussprache ein gewisses Gerüst an Diskussionsrednern haben und es nicht völlig dem Zufall überlassen bleibt, was nun in der Diskussion gesagt wird. Diese Besprechungen müßten in der nächsten, spätestens aber in der übernächsten Woche stattfinden. Ich habe mir dafür schon diejenigen Damen und Herren, die sich in der Bundestagsfraktion mit diesen einzelnen Fragen befassen, aufgeschrieben. Ich wäre aber dankbar, wenn in dieser Sitzung die Landesvorsitzenden ergänzende Vorschläge von Teilnehmern machten, die hauptsächlich auf der Landesebene politisch tätig sind.

Auf der Eröffnungskundgebung wird der stellvertretende Vorsitzende und Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier sprechen. Das Thema ist von ihm noch nicht formuliert; es wird aber in der Richtung liegen: Deutschland – unser Staat und unser Vaterland. Das Ganze ist gedacht als eine Präambel für das, was anschließend folgen wird. Auf der Schlußkundgebung sollen sprechen: Dr. Krone, von Hassel und – mit einem kurzen Schlußwort von fünf Minuten – der Bundeskanzler.

Das ist im großen und ganzen die Übersicht über den Parteitag, wie er sich aus vielerlei Besprechungen im einzelnen in den vergangenen Wochen herauskristallisiert hat.

Von Hassel: Schönen Dank, Herr Heck! Ich rege an, zunächst über den zweiten Tag, an dem der Bundeskanzler das Einleitungsreferat hält, zu diskutieren. Wir haben uns im Wahlgremium Gedanken darüber gemacht, was noch hineinkommen und im Programm aus optischen Gründen sichtbar gemacht werden muß, und zwar haben wir hierbei an die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen gedacht. Wir sind aber im Wahlgremium nach eingehenden Besprechungen so verblieben, daß dies nicht besonders herausgestellt werden soll, weil ja die Referenten in ihren Vorträgen zu dem Gesamtkomplex im einzelnen Stellung nehmen werden, z.B. Dr. von Brentano zu gesamtdeutschen Fragen und was damit zusammenhängt, Herr Schwarz zu Fragen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, zur ländlichen Siedlung, zur Seßhaftmachung der vertriebenen Landwirte usw. Auch Theodor Blank wird in seinem Referat über die Eingliederung der Vertriebenen, über den Lastenausgleich, über die Sozialeinordnung [!] usw. sprechen. Das gleiche gilt auch für unseren Freund Lücke, der bei der Behandlung des gesamten Wohnungsbaues die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge mit einschließen wird. Damit wird also das Bekenntnis der CDU zur vollen Aufnahme der Vertriebenen in unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung deutlich sichtbar werden. Wir werden uns nachher noch über den Gesamtdeutschen Block und die Deutsche Partei unterhalten müssen, die sich ja bemüht, über diese Gesamtdeutsche Partei die 13 Millionen politisch und sozial anzusprechen.

Darf ich nun fragen, ob Sie zu dem von Dr. Heck vorgeschlagenen Programm Stellung nehmen wollen? – Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Als Herr Heck vor wenigen Monaten bei mir war, um mit mir das mich Betreffende durchzusprechen, trug er mir u.a. vor, daß am ersten Tag, wenn der Bundeskanzler seinen Vortrag hält, vier Herren, nämlich von Brentano, Strauß, Schröder und von Hassel, sprechen sollen. Nun höre ich, daß man den Plan geändert

hat und nunmehr die Herren von Hassel und Dr. Krone auf die Schlußkundgebung verweisen will. Ebenso sehe ich, daß Herr Gerstenmaier am ersten Tag bei der Begrüßung in Erscheinung treten soll. Das kommt mir ein bißchen komisch vor. Es ist ein etwas merkwürdiges Gedränge von stellvertretenden Parteivorsitzenden, sozusagen am letzten Tag bei der Abschluskundgebung Stellung zu nehmen.

Ich habe nichts gegen die Aufteilung der beiden Hauptreferate an den Herrn Bundeskanzler und Herrn Erhard. Wenn man aber, um der Sache eine gute Basis für eine Diskussion zu geben, nun durch eine Reihe von Herren das Thema weiter aufgliedern läßt, dann ist es nicht gut möglich, daß man an dem Mann vorbeigeht – auch wenn er es gewünscht haben sollte –, der vier Jahre lang die Fraktionsarbeit geleitet hat. Das ist dann nicht gut möglich, sondern dann muß man die ganze Sache etwas anders aufziehen. Daß am Schlußtag ein paar Freunde nur noch betonen, wir gehen jetzt brav nach Hause, wir haben alles schön gemacht, das halte ich für absolut falsch.

Ich bin der Meinung, daß die stellvertretenden Parteivorsitzenden, soweit sie ein besonderes Tätigkeitsgebiet im Bereich unserer Politik haben – und das haben sie zum größten Teil –, auch entsprechend eingebaut und berücksichtigt werden können, aber nicht erst am Schluß! Daß die drei stellvertretenden Vorsitzenden gewissermaßen den Parteitag schließen, das scheint mir ein bißchen zu viel Mühewaltung zu sein. Viel besser wäre es, vorher in der echten Arbeit diese Kräfte wirksam werden zu lassen.

Krone: Zunächst darf ich ein Wort des Dankes an Herrn Heck sagen. Selten ist ein Parteitag so schwierig in der Vorbereitung gewesen wie dieser. Ihr lag das zugrunde, was demoskopisch feststeht: der Bundeskanzler, Erhard und die Mannschaft. Es ist so, daß man das also auch optisch im Parteitagsprogramm zur Geltung bringen sollte. Das ist hier versucht worden. Das hat Schwierigkeiten gemacht. Es war gar nicht so leicht, den Bundeskanzler von dieser Idee zu überzeugen, aber es ist an dem Tag geschehen, als die DM-Aufwertung beschlossen worden ist.² (*Heiterkeit.*) Ich bin überzeugt, daß es gut ist und daß man es so machen sollte.

Das zweite, lieber Theodor Blank, war, nun einigermaßen konfessionell hinzukommen. Das muß ganz offen gesagt werden. Es ist eine sehr schwierige Geschichte. Ich brauche nicht viel anzuführen, sondern nur von der Panne – oder wie man es nennen will – zu sprechen, die in Trier³ zu diesem Mißverständnis in der Öffentlichkeit geführt hat und nun bis Flensburg hinauf Wellen schlägt. Wenn es um Wahlen geht, versucht man gegen uns zu hetzen. Die FDP hat das geradezu mit zu ihrem Programm erhoben. Auf ihrem Parteitag⁴ sprachen sie davon, sie sei keine klerikal-konservative Partei.

2 Am 3. März 1961 in einer Sitzung des Bundeskabinetts (AdG 1961 S. 8961f.).

3 Anfang April 1961 war es in Trier wegen der Vergabe von Bauland zu parteipolitischen Differenzen und Unruhe zwischen den Konfessionen gekommen, weil das Interesse der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der EKD mit Sitz in Bad Kreuznach mit dem Hinweis zurückgewiesen wurde, das Bauland werde nur an in Trier Ansässige vergeben. Vgl. „Trierischer Volksfreund“ vom 1./2./3. und 4. April 1961.

4 Bundesparteitag der FDP in Frankfurt/M. vom 23. bis 25. März 1961. Vgl. XII. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP. Bonn 1961 S. 77f.

Sie hat sich gegen die Bekenntnisschule gewandt. Sie wird in dieser Geschichte sehr stark weiterwirken. Deshalb sollten wir – das ist meine feste Überzeugung – mit allem Bedacht unseren Parteitag so aufbauen, daß von der Seite aus keine Angriffe kommen können.

Nun zum dritten: Wenn Du, Theo Blank, den Vorschlag machst, der Fraktionsvorsitzende müsse mehr nach vorn kommen ... (*Blank*: Das meine ich gar nicht!) Das erschwert mir meine Antwort, aber ich tue es trotzdem und sage folgendes: Die Fraktionsarbeit muß gegenüber den Argumenten, die ich eben genannt habe, zurückstehen. Sie muß immanent sein in dem, was die Referenten sagen. Und das geschieht auch. Wir sollten deshalb mit gutem Grund davon absehen, daß ein Tätigkeitsbericht der Fraktion gegeben wird.

Eine besondere Aufgabe war, den ersten Tag zu gestalten. Einfach zu sagen, der Parteitag ist eröffnet, und dann die Grußworte an die Gäste des In- und Auslandes zu richten, das wäre ein sehr mageres Bild. Nach längeren Gesprächen sind wir zu der Auffassung gekommen, den Parteitag mit dem Referat des evangelischen Kollegen Gerstenmaier beginnen zu lassen. Am Schluß sollen dann die beiden anderen stellvertretenden Parteivorsitzenden Krone und von Hassel sprechen. Nun finde ich das sehr ordentlich, daß man es so aufgebaut hat. Das waren also die Motive, Theo Blank, die Herrn Heck und das Wahlgremium veranlaßten, davon Abstand zu nehmen, was Du gemeint hast.

Blank: Ich möchte gleich auf das Konfessionelle eingehen. Das hat mich nämlich am allerwenigsten überzeugt. Man braucht sich nur die Namen anzusehen, und dann ist alles in bester Ordnung. Wenn die beiden Hauptredner der Bundeskanzler und der Wirtschaftsminister sind, dann ist hier die konfessionelle Frage geklärt. Wenn dazu noch der Kollege Gerstenmaier ein Eröffnungsreferat hält, dann fühle ich mich als Katholik deswegen nicht bedrückt. Nun schaue ich mir die vier nächsten Leute an: Etzel, Schwarz, Blank und eine Frau, die nicht benannt ist. Da scheint mir auch wieder das Konfessionelle aufs Gramm genau zu stimmen. Und wenn ich mir das andere ansehe, wo von Brentano, Strauß, Schröder und von Hassel sprechen, dann stimmt's auch haargenau. Ich sehe also überhaupt nichts, wo eine Begründung dafür liegen soll, daß hier nun konfessionelle Bedenken wegen des Gleichgewichts auftauchen könnten. Das ist doch mit mathematischer Feinheit ausgewogen und in bester Ordnung. Ich sehe nicht ein, warum nun plötzlich am Schluß ein Gedränge von Parteivorsitzenden in Erscheinung treten soll.

Ich bin nicht der Meinung gewesen, daß Krone einen großen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Fraktion geben soll, sondern habe vorgeschlagen – und dabei bleibe ich –, daß die vier stellvertretenden Parteivorsitzenden dort in Erscheinung treten sollten, wo tatsächlich die Probleme besprochen werden. Das ist meine Kritik an dieser Sache.

Von Merkatz: Ich habe nichts gegen die Struktur und den Aufbau einzuwenden. Das stünde mir auch nicht zu. Ich bejahe, daß die Frage der Vertriebenen sachlich verteilt werden soll auf verschiedene Gebiete; dennoch bitte ich, mich zu verstehen

im Hinblick auf meine Aufgabe, die ich habe⁵, wonach die Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage geschlossen in Erscheinung treten muß, weil sonst bestimmt an diesem Punkt – das werden mir meine niedersächsischen Freunde sofort bestätigen – eingehakt wird. Es muß irgendwie eine Form gefunden werden; aber bitte nicht unter dem Gesichtspunkt, der Minister will sich geltend machen, sondern es muß rein sachlich aufgebaut werden. Die Sache muß irgendwie in ihrer Geschlossenheit in Erscheinung treten, und zwar im Rahmen der Vertriebenenpolitik.

Es ist eine Frage der Innenpolitik und nicht der Außenpolitik. In diesem Rahmen muß es irgendwie gemacht werden. Betrachten Sie bitte dieses Problem auch unter dem Gesichtspunkt, daß jeder vierte Mensch bei uns ein Vertriebener oder Flüchtling ist. Es handelt sich hier also nicht um Gruppeninteressen, sondern es ist ein Teil der Gesamtpolitik, die betrieben werden muß. Und das muß irgendwie in Erscheinung treten. Ich kann aber jetzt leider keinen direkten Vorschlag machen, weil das so aussieht wie ein Geltungsbedürfnis.

Even: In welchem Referat sollen die Jungwähler angesprochen werden?

Von Hassel: Durch den Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer.

Schmücker: Wenn man sich die fünffache Unterteilung des Referats von Erhard ansieht, dann muß ich sagen, die Wirtschaftspolitik als solche fehlt. (*Widerspruch und Unruhe.* – *Zuruf:* Wieso?) Ich meine, daß die wesentlichen wirtschaftspolitischen Fragen, die den nächsten Bundestag beschäftigen werden, auch auf diesem Bundesparteiabend behandelt werden sollen. Man kann natürlich unter jedem Titel das behandeln, was man will, aber wir müssen die Wirtschaftspolitik als solche auch behandeln. (*Anhaltende Unruhe.*)

Wuermeling: Ich halte den Vorschlag bezüglich der Vertriebenenfrage, wie er von Dr. Heck gemacht worden ist, für sehr glücklich, weil damit zum Ausdruck kommt, daß die Vertriebenen in die Gemeinschaft bei uns eingegliedert sind und mit behandelt werden. Ich möchte vorschlagen, daß man das gleiche auch mit der Familienpolitik macht. Ich bedaure, daß diese Frage nicht aufgekreuzt ist. Ich lege keinen Wert darauf, daß ich als Minister selber ein Referat halte, aber es müssen doch die familienpolitischen Aspekte in zusammengedrängter Form gebracht und zur Diskussion gestellt werden. Und hier stelle ich mich gerne zur Verfügung.

Weber: Mir will nicht gefallen, daß nach außen hin aufgrund einer demoskopischen Grundlage der Bundeskanzler und Professor Erhard auftreten. Ich halte das für grundlegend falsch. Das Programm kann so bleiben, aber ich hätte hundertprozentig etwas dagegen, daß das in die Öffentlichkeit dringt. Wir sind ein demokratischer Staat, und der Bundeskanzler wird vom Bundespräsidenten vorgeschlagen und vom Parlament gewählt. Man sollte die Dinge nicht jetzt schon so darstellen, als ob das alles schon feststünde. Das halte ich politisch für völlig falsch. Ich möchte bitten, daß davon in der Pressekonferenz unter keinen Umständen etwas gesagt wird.

⁵ Seit dem 28. Oktober 1960 war von Merkatz Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Man kann das Programm so lassen, aber man darf es um Gottes willen nicht nach außen bringen, auch schon wegen der Außenpolitik, die heute in einem ganz gefährlichen Stadium ist, aber auch wegen anderer Fragen, die ich hier nicht aufgreifen will. Ich bitte dringend darum, das nicht nach außen dringen zu lassen, obwohl ich gleichzeitig sage: Wie wollen wir es verhindern, daß es nach außen dringt?

Nun zu dem Referat einer Frau „Die Frau in der Volkswirtschaft“. Ich weiß nicht, wer diesen Vorschlag gemacht hat. Ich weiß auch nicht, wie dieser Vortrag gedacht ist. Es könnte dabei manches gesagt oder wiederholt werden, was in der Volkswirtschaft sowohl für den Mann wie auch für die Frau gilt. Ich hätte für die Frauen einen anderen Vorschlag zu machen, aber ich will mich im Augenblick nicht daran aufhalten. Ich bin der Meinung, bevor man dieses Thema behandelt hat, hätte man auch einmal mit einigen Frauen, die etwas von der Sache her dazu sagen können, sprechen können. Ich hätte einen solchen Vorschlag nie gemacht. Vor allem wende ich mich gegen die Vorherrschaft der Demoskopie.

Fricke: Auch ich möchte davor warnen, das Thema „Vertriebene und Flüchtlinge“ nur nebenbei zu behandeln. Herr von Merkatz hat mit Recht davon gesprochen, Sie dürfen nicht vergessen, bei uns und in Schleswig-Holstein ist der BHE immer noch eine Potenz. Er hat zwar bei den Kommunalwahlen 2,6 % verloren, er liegt aber immer noch bei 8,4 %. Das sind über 289.000 Wähler. Bei uns ist auch die DP noch eine Potenz, und wenn es zu dieser Fusion kommt, ist sie um so mehr eine Potenz.

Unser wesentliches Ziel sollte es sein zu verhindern, daß aus einer solchen Mesalliance 5,1 % Stimmen hervorgehen, die dann mit Slogans von Langeheine⁶ oder Ahrens⁷ wie „Gesamtdeutschland“ oder „Großdeutschland“ an die Öffentlichkeit geht. Ahrens hat schon zum Ausdruck gebracht: Wir geben nicht Ruh' und Rast, bis der Pflug des deutschen Bauern über die weiten Felder des Ostens geht.

Wenn wir also das nicht hochkommen lassen wollen, müssen wir das Problem der neun Millionen Ostvertriebenen und der drei Millionen Zonenflüchtlinge ansprechen. Über Ostern waren es wieder an die 6.000, die nach der Bundesrepublik geflohen sind. Wir müssen dieses Problem irgendwie einfügen und erklären, was die Bundesregierung und die CDU/CSU seit 1949 zur Lösung dieses Problems getan haben. Wenn das nur zwischen den Zeilen erwähnt wird, geht es in der Presse unter. Über dieses Problem müßte unbedingt eine halbe Stunde gesprochen werden.

Von Hassel: Eine halbe Stunde ist sowieso nicht drin, denn die Kurzreferate dauern höchstens 20 Minuten. (*Von Merkatz:* Eine geballte Ladung von zehn Minuten!)

Dufhues: Es müssen konkret die Fragen angeschnitten werden, die die Wähler unmittelbar interessieren. Wo sollen z.B. folgende Probleme behandelt werden:

6 Richard Langeheine (geb. 1900), 1955–1970 MdL Niedersachsen (DP, GDP, CDU), 1955–1956 Justizminister, 1956–1959 und 1965–1970 Kultusminister und stv. Ministerpräsident.

7 Hermann Ahrens (1902–1975), 1951–1963 MdL Niedersachsen (GB/BHE), 1951–1959 Wirtschaftsminister, 1959–1963 stv. Ministerpräsident.

1. Bereinigung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, nicht zuletzt in den großen Städten;
2. Fragen, die mit dem Gesundheitswesen zusammenhängen, wie Reinigung der Luft, Abgase, Wasserreinigung usw.?

Diese Fragen, die die Wähler unmittelbar interessieren, müssen natürlich auch stark besprochen werden.

Von Hassel: Diese Diskussion wird sehr sorgfältig ins Protokoll aufgenommen, so daß alle Anregungen genau festgehalten sind. Der erste Tag ist der Außenpolitik, der zweite Tag der Innenpolitik gewidmet. Mit allen zuständigen Herren wird noch eine Vorbesprechung stattfinden. Der Personenkreis dieser Vorbesprechungen wird nachher festgelegt. Es ist absolut möglich, daß die jetzt angesprochenen Themen innerhalb der einzelnen Referate untergebracht werden können. Bei der Vorbesprechung kann dann eine gewisse Gewichtsverteilung dieser Themen vorgenommen werden. Beim Bundesparteitag in Karlsruhe hat Ihr Ministerpräsident Meyers ein volles Referat gehalten und hat dabei die eben gestellten Fragen schon sehr stark in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt.⁸ (*Dufhues:* Das ist völlig untergegangen!) Die ganzen Themen wie Städteplanung, Wasser- und Luftreinigung usw. könnten in den Referaten von Lücke und Blank behandelt werden.

Herr von Merkatz hat – unterstützt von Herrn Fricke – vorgeschlagen, für die Vertriebenen und Flüchtlinge ein Referat von 20 Minuten vorzusehen.

Herr Even schlägt vor, daß die Jungwähler besonders angesprochen werden sollen. Es wird aber nicht gefordert, daß hier ein Jungwähler als Referent auftritt.

Herr Schmücker hat darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Auseinandersetzung im Wahlkampf die Wirtschaftspolitik eine große Rolle spielt. (*Blank:* Und meine Anregung haben Sie völlig vergessen!) Verzeihung! Ich bin noch nicht am Ende. Nehmen Sie es mir nicht übel. Es ist nicht ganz einfach, das alles vorzubereiten. Ich meine aber, daß sich das Wahlgremium nach allen Richtungen hin Mühe gegeben hat, ein vernünftiges Konzept vorzuschlagen. Es hat sich auch etwas gedacht zu der von Ihnen gegebenen Anregung, nämlich die stellvertretenden Vorsitzenden, vor allem Dr. Krone, im mittleren Teil des Programmes sichtbar zu machen und sie nicht abzudrängen auf die Schlußkundgebung.

Kollege Wuermeling hat darum gebeten, wenn sich das Thema „Vertriebene und Flüchtlinge“ wie ein roter Faden durchzieht, auch das Thema „Familienpolitik“ zu berücksichtigen.

Frau Weber hat eine Grundsatzfrage aufgegriffen und darum gebeten, nicht nach demoskopischen Untersuchungen einen Parteitag aufzubauen.

Es ist wohl der Wunsch der gesamten CDU/CSU, daß man sichtbar die beiden Persönlichkeiten Dr. Adenauer und Dr. Erhard zusammen herausstellt. (*Weber:* Ich

⁸ CDU, 9. Bundesparteitag S. 53–67.

bitte noch einmal darum, das Interne nicht der Öffentlichkeit zu sagen. Das ist ein Armutszeugnis!) Ich glaube nicht, daß Dr. Heck davon etwas in der Pressekonferenz sagt.

Dann hatten Sie, Frau Weber, wohl gesagt, daß das Thema „Die Frau in der Volkswirtschaft“ nicht richtig formuliert sei, sondern das Thema könnte etwas umfassender sein, vielleicht „Die Frau im Staate“ oder wie Sie es formulieren wollen.

Herr Dufhues hat gewünscht, daß die konkreten Fragen, die die Wähler unmittelbar interessieren, stark angesprochen werden.

Herr Blank hat dringend darum gebeten, den Fraktionsvorsitzenden sichtbarer zu machen. Darüber ist nun mit ihm sehr eingehend gesprochen worden.

Nun sehen Sie sich den Ablauf des Programms an! Wir beginnen am Sonntag mit der Vorstandssitzung und der Parteiausschußsitzung. Am Montag morgen sind die Gottesdienste. Dann ist die Eröffnungssitzung. Der Dienstag steht unter dem Oberbegriff Dr. Konrad Adenauer, dazu die Außenpolitik, die Verteidigungs- und die Sicherheitspolitik. Am Mittwoch hält das Hauptreferat Professor Erhard, dazu die gesamte Innenpolitik. Wir haben aber an allen Tagen noch genügend Zeit zur Diskussion offengelassen. Am Schlußtag sollen dann die aus den beiden Haupttagen hervorgehenden Resolutionen mit Anregung für die Bundestagswahl verabschiedet werden.

Nun hat Herr Blank gefragt: Wie soll man schließen? Soll man noch einmal einen sichtbaren Akzent unter alles setzen, oder soll man nur sagen, es war alles schön, wir gehen nach Hause?

Das Wahlgremium hat dazu folgendes gesagt: Um einen sichtbaren Akzent zu geben, begründet Dr. Krone aus staatspolitischer Sicht diese Thesen, die der Parteitag für den 17. September 1961 aufstellen wird, noch einmal und stellt sie groß und sichtbar heraus. Von Hassel leitet als Wahlkampfleiter über und entläßt die Delegierten mehr oder weniger mit einem kräftigen Appell und der richtigen Schlußformel in den Wahlkampf. Dann ist das irgendwie eine geschlossene Geschichte.

Mit mir können Sie natürlich machen, was Sie wollen. Sie können mich ganz streichen, Sie können mich auch dreimal aufführen, am Anfang, in der Mitte und am Ende. Mir ist es völlig gleichgültig, ob ich mitwirke oder nicht. Ich lege nur Wert darauf, daß wir versuchen sollten, die Dinge so oft wie möglich zu überlegen, damit es eine abgerundete, würdige und schwungvolle Angelegenheit wird, so daß jeder von uns sagen kann: Nun gehen wir mit aller Kraft in den Wahlkampf hinein. So ist das Konzept; so ungefähr haben wir es uns gedacht. Aber es ist sicherlich schwer, alles unter einen Hut zu bringen.

Gerstenmaier: Mein lieber Freund von Hassel! Wenn ich jetzt boshaft wäre, würde ich sagen, ich erinnere mich hierbei an meine Studententage in Rostock. Dort pflegten meine Kameraden, wenn sie vom SA-Dienst nach Hause zurückkehrten, unterwegs eine Molle zu trinken, wobei sie dann bei der Molle sagten: Wie Ihr's Euch denkt, wird Deutschland nicht erwachen; denn Ihr seid dumm und seid nicht auserwählt.

Es kommt die Zeit, in der man sich erzählt: Mit solchen Leuten ist kein Spaß zu machen.

Ich will nur daran erinnern, daß es schon damals in der studentischen Jugend Kritik gab. Ich will dazu sagen, meine lieben Freunde, ich halte dieses Programm so nicht für richtig. Da steht ein Haufen von Sachen; denn es kommen die einzelnen Ressortminister hinzu. Freund Lücke bewahrt mich davor, hier zuzustimmen; denn in 20 Minuten kann ein Minister über sein Ressort nicht genügend viel sagen, wenn er über eine einfache Proklamation von Thesen hinausgehen soll. Das ist doch in 20 Minuten nicht möglich. Ich habe Bedenken, daß wir hier vielerlei bieten und damit die Diskussion in ihrer Klarheit und Wahrheit nicht lebendig, sondern tot machen.

Mein Vorschlag in der Vorbesprechung war, den ich auch jetzt noch vertrete, auf diesem Programm nur in Erscheinung treten zu lassen den Bundeskanzler und den Bundeswirtschaftsminister mit zwei Kardinalthemen, über die dann diskutiert wird, und zwar in einer möglichst freien Diskussion, keineswegs nur eine unter den sogenannten Großkopfeten, die hier am Tische sitzen, vereinbarte Diskussion, sondern eine, zwar auch von diesen Großkopfeten mitgetragene, aber nicht ausschließlich gesteuerte Diskussion um die beiden großen Themen „Die deutsche Sicherheitspolitik“ und „Die deutsche Wirtschaftspolitik“ oder, noch attraktiver, „Konrad Adenauer – Was wird mit unserer Sicherheit?“ und „Ludwig Erhard – Was wird mit unserem Geld?“, und zwar als Aufhänger für die ganze Frage der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit.

Wir müssen uns darüber einig sein, daß wir diesen Wahlkampf nur gewinnen werden, wenn wir unserem Volk als Garant für seine Sicherheit nach innen und nach außen besser sind als alle anderen. Es ist doch so, daß sich die FDP insbesondere vor die Protestanten stellt und ihnen sagt: Als Remedium peccati – als Heilmittel gegen die Sünde – müßt Ihr FDP wählen. (*Albers*: Ich bin kein Theologe, ich kann hier nicht mehr folgen!) Herr Albers! Remedium peccati heißt soviel wie Strafe im Sinne des Heilmittels gegen die „schwarze“ Sünde. Das ist die Kampfsituation für einen großen Teil der Leute von uns. Nicht weil Mende ein schöner Mann ist, wird er gewählt, wie Professor Heuss in einer völligen Verkennung der deutschen Volkpsychologie meinte, daß das eine Werbung für die Wahl sei. Das ist doch alles Quatsch. Die Gefahr besteht eben darin, daß die Leute sagen: 1. Man darf sie nicht zu groß werden lassen, 2. sind sie alle zusammengenommen zu schwarz.

Deshalb muß man versuchen, über andere Parteien – nicht konstruktiv, aber korrektiv – auf die Politik, die man im übrigen weiter haben will, auch wenn man mit uns nicht einverstanden ist, weiter einzuwirken. Achten Sie auf diese psychologische Situation, da es sich bei allem darum handelt, nur korrektiv in dieser Wahl 1961 auf die bisherige Regierungspartei einzuwirken. Es ist nicht mehr drin, ihr ein anderes konstruktives Programm entgegenzusetzen nach diesen zwölf Jahren. Wir sollten aber alles tun, um a) dem psychologischen und b) dem Tiefenkomplex der deutschen Seele Rechnung zu tragen. Wir müssen sagen, was ist mit unserer Sicherheit. Wir wollen so weitermachen, wie wir es in den letzten acht Jahren getan haben; jedenfalls soll es

zumindest nicht schlechter werden. Der Besitzstand muß mindestens gewahrt bleiben. Wer ist dafür am besten? Antwort: Die CDU.

Immerhin ist Konrad Adenauer 86 Jahre alt. Es wäre natürlich besser, wenn er 56 wäre, aber immerhin, ganz egal, ob Adenauer oder Erhard, das bisher Erreichte muß gewahrt werden; denn sie sind die Garanten unserer Sicherheit.

Wir müssen den Leuten sagen, was mit unserem Geld wird. Wenn die SPD ans Ruder kommt, wenn der schöne Mende das Zünglein an der Waage wird, dann weiß kein Mensch, was mit uns werden wird. Es geht also bei dieser Wahl ums Geld, meine Damen und Herren, nicht so sehr um die geheiligten Grundsätze weltanschaulicher Art, wie wir sie bei dem Kulturkongreß in Gelsenkirchen⁹ vertreten haben. Die Frage lautet: Was wird mit unserem Geld und mit unserer äußeren Sicherheit? Geld bedeutet in erster Linie soziale und wirtschaftliche Sicherheit. Konrad Adenauer bedeutet äußere Sicherheit zusammen mit den Amerikanern.

Mein Vorschlag war es deshalb, monumental auf diese beiden Kardinalkomplexe abzustellen und deshalb im Programm nur Adenauer und Erhard in Erscheinung treten zu lassen. Aber nein, es muß anders sein, wir müssen beinahe 50 Themen debattieren, als ob wir eine ausgewachsene Regierungserklärung, aufgeteilt in Ressortminister und vertreten durch Diskussionsgruppen, die für das einzelne Fach besonders zuständig sind, vor dem deutschen Volk abhandeln müßten.

Ich halte es aus massenführerischen und psychologischen Gesichtspunkten für falsch, diese vielen Themen zu behandeln, die für die Leute nicht mehr zu überblicken sind. Wir sollten einige wenige große Gesichtspunkte herausstellen und sie dann in einer lebendigen Diskussion unterstreichen.

Was mich betrifft, meine Herren Mitvorsitzenden, so kann ich nur sagen: Ich bin tief geehrt, daß ich über ein liturgisches Thema reden darf. (*Zuruf*: Sie können das Thema selber bestimmen!) Mir bleibt hier nur die Liturgie vorbehalten. Das war bei allen Parteitagen seit 1953 so: Nur die Liturgie! Ich bin daran gewöhnt, könnte ich sagen, aber, meine Damen und Herren, wenn ich meine Freunde Altmeier und Süsterhenn ansehe ... (*Zuruf*: Zwei gute Vorbilder!) und hinter ihnen die Folgen der Urteilsbegründung von Karlsruhe¹⁰ betrachte, dann frage ich mich, in welchem Vaterland befinde ich mich eigentlich. Soll ich zum Thema „Vaterland“ oder „Deutsche Länder“ – soweit habt Ihr es gebracht – den liturgischen Ton ausnahmsweise verlassen, was mir nicht konzidiert wird in dieser Partei, und damit hineinfassen in das, was in Karlsruhe anhängig ist und vor allem zwischen uns in der CDU steht? Was ist denn eigentlich mit dem Vaterland Deutschland? Was ist eigentlich damit los? Sind wir ein Deutschland der Vaterländer, oder wie ist es damit? Sollen wir das Thema einmal

9 Kulturpolitischer Kongreß der CDU vom 28. bis 30. November 1960. Referate in CDU (Hrsg.): Erziehung-Bildung-Ausbildung. Zur Kulturpolitik der CDU. Bonn 1961. – Akten: ACDP VII-004-128/1 und -AO 2129 und -AO 2217.

10 Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 12 Nr. 23 S. 205–263 – Urteil vom 28. Februar 1961 (2 BvG 1, 2/60) betr. Fernsehstreit.

ernstlich auf die Hörner nehmen? Ich würde dafür votieren, wenn wir nicht gerade vor einem Wahlkampf stünden, diesen Strauß auszufechten. Diese Debatte würde lustig werden und endlich einmal eine belebende Wirkung haben. (*Zuruf*: Kann man nur in einer geschlossenen Gesellschaft machen!)

Kurz und gut, ich bitte Sie, noch einmal zu überlegen, ob Sie wirklich alle diese Themen auf dem Programm erscheinen lassen wollen, wobei ich noch zum Thema „Entwicklungshilfe“ folgendes sagen möchte: Nachdem Gerstenmaier darüber nicht redet, weil er nicht die Zuständigkeit hat, wird mir von Herrn von Hassel zugeflüstert, daß er es nicht machen will. Infolgedessen muß der baden-württembergische Ministerpräsident hier eintreten und über Entwicklungshilfe reden, kaum nachdem er den Krach gehabt hat mit der Regierung, der noch lange nicht ausgetragen ist.¹¹ Ich frage mich, ob wir einen Sauhaufen haben! Herr von Brentano sagt, die Zuständigkeit gehört eigentlich zu mir. Erhard sagt – Erhard ist mein Freund, deshalb kann ich es offen sagen: Der kann lange darüber reden mit seinen Diplomaten. Ich mache eine Hausverfügung, und dann haben wir zwei Entwicklungsministerien; wenn wir nicht vier haben, denn den Wilhelmi gibt es außerdem noch.

Meine Damen und Herren! Was sind das für Sachen! Das können wir doch nicht machen. Wir haben doch kritische Zuhörer. Und wenn wir solche kontroversen Dinge machen, dann muß entweder gehauen oder gestochen werden, oder wir sagen lieber gar nichts. Also, schon aufgrund dieses einen Beispiels – abgesehen von meiner liturgischen Einleitung – möchte ich zur Erwägung geben, ob dieses Programm das beste aller denkbaren Rezepte ist.

Krone: Ich will nicht so humorvoll reden wie der Bundestagspräsident. (*Zuruf*: Das ist schade!) Es ist ganz gut, wenn Freund und Kollege Gerstenmaier ein entsprechendes Niveau dort bringt, wo es auch bei ihm hingehört. Sie mögen daraus ersehen, wie schwer es für Herrn Heck war, etwas aufzustellen, wozu auch die Gespräche mit dem Bundestagspräsidenten gehört haben. Das weiß er auch ganz genau. (*Gerstenmaier*: Natürlich weiß ich das!)

Es war nämlich sein Vorschlag, Adenauer und Erhard groß herauszustellen und dann über die Referate zu diskutieren. Er ist gar nicht so schlecht, dieser Vorschlag. Und dann sagte der Bundeskanzler: Das halte ich für verkehrt. Wenn nur ich und Erhard reden und die anderen nicht, kommt mir das ein bißchen nackt vor. Wir müssen auch die Bauern, die Vertriebenen usw. ansprechen. Nun kam dieses Programm zustande. Nennen Sie es Kompromiß. Sie haben völlig recht, daß das

11 Gerstenmaier spielt vermutlich auf Auseinandersetzungen zwischen Kiesinger und der Bundesregierung an, die eine Art Neben-Außenpolitik Baden-Württembergs im Bereich der Entwicklungshilfe befürchtete. Vgl. Verhandlungen des Landtags Baden-Württemberg 3. WP vom 1. Dezember 1960 S. 615–638; „Deutsche Zeitung“ vom 25. Januar 1961 („In Stuttgart blickt man gern nach Bonn. Die baden-württembergischen Politiker haben höhere Ambitionen“); „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 20. Dezember 1961 („Ministerpräsident Kiesinger und das Jahr 1961“).

nicht vollkommen ist, lieber Freund Gerstenmaier. Wir haben mit Ihnen gesprochen über ein Sachreferat, und zwar sehr eingehend, das wissen Sie doch ganz genau. (*Gerstenmaier*: Über Entwicklungshilfe!) Dafür interessieren Sie sich auch, und dann sagten Sie nein. Auch das verstehe ich. Wir wollen Sie nicht zum Chefideologen haben, obwohl ich das Ideologische genauso ernst nehme wie Sie. Wir haben Sie mit Ihrem Referat an die Spitze gestellt in der Hoffnung, daß Sie nicht liturgisch, sondern politisch reden, das wissen Sie ganz genau. Der Gedanke war, daß Sie einleiten und den inneren Trend angeben, der unseren Parteitag durchziehen soll. Und deshalb liegt Ihre Funktion an der Spitze des Parteitages. Gerade in Köln sollen Sie das sagen. Am Schluß sollen dann ein paar reden, nicht einer allein. Das sind die Motive, die uns veranlaßt haben, Ihnen dieses Programm vorzuschlagen.

Heck: Es wäre ganz amüsant, wenn ich nun in drei Stunden berichten würde, was bei diesem fünf Wochen währenden Gespräch im einzelnen an Gesichtspunkten aufgetreten ist. Aber es würde uns nicht weiterbringen. Mein Eindruck ist folgender: Das ist sicher nicht der beste von allen möglichen Vorschlägen, aber es ist ein Vorschlag, der sich herauskristallisiert hat, nachdem nach allen Seiten hin Fühlung aufgenommen und die Dinge durchgesprochen worden waren. Die Schwächen dieses Programms sind, wenn Sie wollen, vielleicht die Schwächen unserer Partei, vielleicht auch die Schwächen der Bevölkerung. Ich bin nicht der Meinung, daß ein Programm von allen einhellig gleich beurteilt werden kann und soll. Deswegen ist es notwendig, daß wir alle Gruppen der Bevölkerung ansprechen sollen, diese auch zu berücksichtigen.

Ich verstehe einen Einwand von Herrn Gerstenmaier nicht. Vielleicht liegt hier ein Mißverständnis zugrunde. Es soll bei den Einzelthemen nicht das Thema in extenso und im Detail behandelt werden, sondern es soll so gemacht werden, daß das Thema in seiner Wesensform für die Diskussion exponiert wird.

Ich möchte nach wie vor daran festhalten, daß wir die Diskussion nicht nur denen überlassen, die sonst in der Politik nie zu Worte kommen, sich aber deswegen auf dem Parteitag dazu melden, sondern daß die Diskussion von den führenden Kräften der CDU/CSU in Bund und Ländern getragen wird. (*Albers*: Aber auch von den anderen!) Selbstverständlich! Das haben wir sowieso nicht in der Hand, wer sich meldet oder nicht. Es ist gar nicht vorgesehen, daß das irgendwie kommandiert werden soll. (*Albers*: Es kommt doch keine echte Diskussion!)

Frau Weber, es ist klar, daß wir uns die Wirkung nicht von der Demoskopie diktieren lassen, aber wir handelten nicht klug, wenn wir diese Umfragen nicht berücksichtigten. (*Weber*: Aber nicht aussprechen!) Das wird auch mit Sicherheit nicht ausgesprochen; es sei denn, das geht aus diesem Raum hinaus.

Das Thema für die Frauen ist besprochen worden mit Frau Brauksiepe, die sich ihrerseits mit ihren Kolleginnen über die Sache unterhalten hat. Gedacht ist daran, daß die Frau in ihrer Bedeutung als Hausfrau und damit in ihrer Bedeutung für die Industrie behandelt wird. Eine neue Frage taucht hierbei auf, die ganz neue Probleme aufwirft, nämlich das Einströmen der Frauen in das Berufsleben, bei dem die Frauen

heute tatsächlich zu einem beträchtlichen Teil einen Doppelberuf ausüben, nämlich den der Hausfrau und einen anderen dazu.

Zum Thema der Heimatvertriebenen! Das ist eben die Schwierigkeit. Wir waren der Meinung, daß dieses Thema bei den einzelnen Themen sowohl bei der Exponierung als auch bei der Diskussion angesprochen werden soll, nicht aber ein eigenes Referat dafür vorgesehen wird. Ich gestehe Ihnen offen, wir haben davon Abstand genommen, weil dann häufig weitere Forderungen kommen. Es müßten die Jugend und der Themenkreis, der sich um sie rankt, auch angesprochen werden. Es kommen die Kriegsversehrten usw. hinzu. Ich gebe zu, daß das nicht ganz vergleichbar ist, aber ich meine doch, daß wir eigentlich an einem Punkt der Entwicklung angekommen sind, wo man nicht mehr so sehr unterscheiden sollte zwischen 75 % Einheimischen und 25 % Vertriebenen, sondern man kann wohl die 100 % insgesamt sehen.

Was noch ergänzend zu sagen ist, kann dort, wo es hingehört, mit angesprochen werden. Es wäre im einzelnen zu klären, ob das Programm geändert werden soll. Ich bitte jedoch, jeweils zu berücksichtigen, welche Konsequenzen jede einzelne Änderung im Gesamtgefüge des Programms nach sich zieht.

Gurk: Es ist für uns Hintersassen, die wir am Schluß der Verhandlung hierherkommen, ziemlich schwer, zum Programm Stellung zu nehmen. Ich möchte mich auf eine grundsätzliche Bemerkung beschränken. Ich halte die Grundanlage, bei aller Würdigung der Aussage und Erklärung unseres Freundes Gerstenmaier, doch für richtig, auch psychologisch, weil im Land draußen der Eindruck verstärkt werden muß, daß die CDU über eine Reihe starker Männer verfügt. Allerdings darf ich sehr darum bitten, daß die Herren, die die Einleitungsreferate für die Diskussion halten, trotz aller an sich möglichen Ausweitung ihrer Themen, sich auf 20 Minuten beschränken; denn es kommt nicht darauf an – da gebe ich Herrn Gerstenmaier recht –, eine weite Streuung von Wissensstoffen zu verbreiten, sondern darauf, daß in den 20 Minuten auch wirklich Kraft ausgestrahlt wird, daß man im Volk sieht, hier sind diese Männer. Das können sie in 20 Minuten machen. Und wenn sie das tun, dann ist diese Breitenstreuung richtig.

Ein Zweites! Lieber Freund Präsident Gerstenmaier! Unterschätzen Sie die Thematik nicht, die Sie bescheidenerweise als Liturgie bezeichnen. Das ist viel, viel mehr. Das ist gleichsam das Referat, das die zusammenhaltende Kraft unserer Bewegung darstellen muß. Wir können nicht nur pragmatisch vorgehen, sondern wir müssen auch eine innere Substanz haben. Ich könnte mir denken, daß Sie sich speziell an die Jugend und an die Jungwählerschaft wenden. Das würde ich als Ihre besondere Aufgabe ansehen.

Ich darf nur auf eines hinweisen, nämlich auf die wachsende Abstinenz der sogenannten Intellektuellen gegenüber der Politik, gegenüber der Auseinandersetzung mit der Macht. Ich meine, Freund Gerstenmaier, Sie haben das bisher in glanzvoller Weise gemacht. Ich würde dieses Referat mit gewohnter Wucht an die Spitze dieses Parteitages stellen. Und wenn Sie dann Adenauer und Erhard groß herausstellen und

dazu eine Reihe weiterer Männer mit einem kurzen, aber kraftvollen Referat, dann sprechen Sie damit m.E. die Bevölkerung weitgehend an. Ich sehe jedenfalls darin einen Erfolg für den Wahlkampf.

Süsterhenn: Ich möchte in der Gesamtbeurteilung des Programms durchaus dem zustimmen, was Herr Gurk gesagt hat. Das Programm ist in der Anlage und insgesamt unter Berücksichtigung all der verschiedenen Gesichtspunkte, die hier hineinspielen, gut. Man kann es in dem einen oder anderen Punkt vielleicht noch verbessern. Wir haben aber im übrigen durchaus noch die Möglichkeit, weitere Gesichtspunkte in die Diskussion hineinzubringen. Wir können die von Herrn Dufhues angeschnittene Frage wegen der Verunreinigung der Luft, des Wassers usw. an einer geeignet erscheinenden Stelle in die Diskussion einbeziehen.

Was nun die kulturelle und weltanschauliche Seite dieses Parteitages angeht, so nehme ich die Worte, die Herr Gerstenmaier gesprochen hat, nicht ganz ernst. Ich glaube auch, er hat sie nicht ganz ernst gemeint, sonst würde das Bild, das ich mir bisher über ihn gemacht habe, ganz wesentlicher Korrekturen bedürfen. (*Heiterkeit.*)

Im übrigen hat Herr Krone einiges gesagt. Wenn wir vor Wahlen stehen, dann müssen wir unseren Blick immer nach zwei Seiten richten. Die eine Seite sind die sogenannten Wirtschaftswunderwähler, die uns zu einer Majorität verhelfen sollen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir auch einen wesentlichen Stamm von weltanschaulich überzeugten Kernwählern haben, die uns genauso notwendig sind wie die anderen. Wir müssen also nach beiden Seiten unsere Dispositionen treffen.

Darüber sind wir uns wohl einig; nur klang es aus Ihren Worten, Herr Gerstenmaier, eben etwas anders. Ich meine, wir können es uns nicht leisten, einen Bundesparteitag kurz vor der Wahl zu veranstalten und dabei die Kulturpolitik völlig unter den Tisch fallen zu lassen. Wir haben unseren kulturellen Tribut schon auf dem ersten Kulturkongreß von Gelsenkirchen geleistet. Ich möchte aber darum bitten, daß Herr Gerstenmaier bei seinem Grundsatzreferat und Herr Krone bei seinem Schlußwort auf die Gedanken von Gelsenkirchen irgendwie Bezug nehmen, so daß das Kulturprogramm in diesen Parteitag einbezogen wird. Ich denke hierbei nicht an ein bestimmtes Referat; aber am Anfang und am Schluß müssen diese Dinge mit erwähnt werden.

Ich möchte an Herrn Gerstenmaier noch eine Bitte richten. Er hält ein Referat „Deutschland, unser Staat und unser Vaterland“. Er hat eben einige Glossen zu diesem Referat hier gemacht. Er hat einige Möglichkeiten angedeutet, wie ein solches Referat unter Umständen behandelt werden könnte. Ich möchte ihn dringend und herzlich bitten, in diesem von ihm angedeuteten Sinne das Referat nicht zu halten, und zwar auch im Hinblick auf die Wahl. Herr Präsident Gerstenmaier! Auch dieses Thema ist viel zu ernst, als daß man es mit einigen allzu souveränen Schlenkern abtun könnte. Über diese Dinge muß ernsthaft diskutiert werden, aber nicht nur so von oben herunter und so, daß man einige Leute wie Herrn Altmeier und mich immer lächerlich zu machen versucht.

Sie haben schon häufig, bei allen möglichen Reden, so einige Schlenker nach

dieser Richtung in puncto Föderalismus gemacht. Ich habe schon häufig die hohe Ehre gehabt, in diesem Gremium von Ihnen namentlich zitiert zu werden. Es ist jetzt nicht der Platz und der Ort und die Zeit, dieses Thema zu behandeln. Aber ich möchte Ihnen sagen, Herr Präsident Gerstenmaier, wenn Sie auf dem Bundesparteitag ähnliche Schlenker in Ihre Eröffnungsrede einbauen, dann werde ich mich in der Diskussion sehr deutlich und gründlich zu Wort melden und andere auch.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Es ist keine leichte Sache, eine solche Rede auf dem Parteitag zu halten. Herr Süsterhenn! In der evangelischen Kirche wie in der katholischen Kirche ist es dem Liturgiesänger vorgeschrieben, sich an die Agenda zu halten. (*Süsterhenn:* Aber Politik ist doch keine Liturgie!) Er darf sich nicht einfallen lassen, daherzureden oder zu singen, was ihm so paßt, sondern er muß es so halten, wie Sie es gerade jetzt angefangen haben zu unternehmen, um deutlich zu machen, wie sich der Sprecher unserer Partei bei diesem Thema zum Beginn des Parteitages verhalten müsse; denn es wurde mir aufgegeben oder gewünscht, was ich sagen müsse, und zwar soll ich etwas zur Kultur sagen. Aber hier ist es doch dem Sprecher untersagt, eben das zu sagen, was er selber meint und wo uns dieses Thema bei dieser Formulierung – das ist übrigens gar nicht von mir formuliert worden, sondern ich höre es jetzt zum erstenmal – eigentlich hinführen müßte. Ich hätte mir erlaubt, einen Vorschlag zu machen, aber Sie haben gesagt, Herr Heck, „Deutschland, unser Staat und unser Vaterland“.

Verehrter Herr Professor Süsterhenn! Wenn ich die Rede halten soll, würde ich sagen, daß ich nicht im Programm erscheine. Ich bin dagegen, daß wir im Programm erscheinen. Ich bin für das, was ich eben ausgeführt habe, aber Sie können abstimmen, und wenn ich unterliege, dann nehme ich das hin. Aber was ich verstehe unter „Deutschland, unser Staat und unser Vaterland“, das ist genau das, was der Bonner Ehrenbürger Ernst Moritz Arndt¹² eines Tages gefragt hat: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Und bei ihm würde es im Programm so heißen, wenn es unbedingt sein müßte: Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier – Was ist des Deutschen Vaterland? – Aber das wollen Sie ja gar nicht! Und jetzt verstehe ich auch, daß Sie es nicht wollen; denn wenn ich dazu so ein bißchen reden soll, dann, verehrter Herr Süsterhenn, geht es nicht mehr um Schlenker, sondern dann geht es um eine Kernfrage: In welchem Staat, in welchem Staatsgebäude und Staatsgehäuse befinden wir uns überhaupt? Stehen wir noch bei dem Dokument Nr. 1 vom 1. Juli 1948¹³, oder stehen wir in einem von uns gestalteten und unter unserer Verantwortung stehenden Deutschland nach zwölf Jahren harter Arbeit? Wo stehen wir eigentlich und wohin wollen wir? Was ist denn

12 Ernst Moritz Arndt (1769–1860), Schriftsteller; 1812–1815 Privatsekretär des Freiherrn vom Stein, 1818–1820 und seit 1840 Professor (Geschichte) in Bonn.

13 Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten in Frankfurt am 1. Juli 1948. Wortlaut der drei von den Militärgouverneuren vorgelegten Dokumente in: Der Parlamentarische Rat 1948–1948. Akten und Protokolle. Bd. 1: Vorgeschichte. Bearb. von Johannes Volker Wagner. Boppard 1975 S. 30–36.

des Deutschen Vaterland? Das wollen Sie aber doch nicht. (*Zuruf*: Nicht vor der Wahl!)

Nun, die einen wollen es nicht vor der Wahl, die anderen überhaupt nicht; denn dann gibt es den schönsten Familienkrach, und es vertieft weiter den Krach, den ich gern geschlichtet hätte, aber ich habe wenig Glück dabei gehabt mit dem zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes. Ich rede jetzt nicht von dem Urteil, das nehme ich hin, aber was in der Urteilsbegründung steht, das ist nicht nur kontra, das ist auch konträr.

Eine solche Rede wollen wir also jetzt halten, und zwar aus verschiedenen Gründen. Und nun soll ich doch etwas über die Kultur sagen. Ich beabsichtige aber nicht, mich innerhalb vier Monaten, die seit dem Gelsenkirchener Kongreß vergangen sind, einfach schlicht zu wiederholen. Sie haben mir, Herr Kraske, die Ehre angetan und für Gelsenkirchen eines der Grundsatzreferate übertragen. Warum soll ich jetzt wieder darüber etwas aussagen? Wiederholen mag ich mich nicht. Wozu auch! Und wenn ich über Kultur auch politisch und nicht nur liturgisch spreche, dann bin ich unbedingt wieder bei der Urteilsbegründung von Karlsruhe angelangt, wenn ich nicht meine Augen wie Scheuklappen vor der harten Wirklichkeit schließen will. Also, das kann man nicht machen.

Und nun frage ich, was sollen wir denn machen? (*Zuruf*: Schlagen Sie doch selber ein Thema vor!) Sollen wir über die gesamtdeutsche Verpflichtung reden? Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Ihnen folgendes erkläre: Sie werden mir sagen wollen, daß wir damit eine Sache an den Anfang dieses Parteitages bringen, der mit dem ersten Trompetenstoß die Leute zum scharfen Hinhören zwingt. Ich betrachte aber dieses Verfahren nur etwa als die Rolle eines Herolds, der, mit einer schönen Trompete geschmückt, hervortritt und blasen darf und dann wieder zurücktreten muß, aber am anderen Morgen kommt der Hauptmann und sagt, was eigentlich passiert ist, und zwar in einer anderen Rolle. (*Zuruf*: Es gibt hier leuchtende Vorbilder!) Ich wäre auch bereit, in Demut weiter zu dienen, nur muß es einen politischen Sinn haben; aber eine Statistenrolle in dieser Sache spielt Gerstenmaier nicht.

Von Merkatz: Es sind unter den Themen einige – z.B. die Entwicklungshilfe –, die zusammengefaßt werden können. Ich bin damit einverstanden. Die Fragen der Bauern, der Landwirtschaft, des Eigentums usw. sind alles Themen, deren Zusammenfassung von mir bejaht wird. Aber demgegenüber gibt es eine Frage, die das heutige Gesicht Deutschlands mitbestimmt, nämlich das Schicksal der Flüchtlinge und der Heimatvertriebenen.

Herr Heck sagte, wir seien an einem gewissen Reifegrad angekommen, wo dieses Schicksal in seiner äußeren Erscheinungsform mit eingeschlossen und eingegliedert sei. Dem muß ich leider widersprechen. Natürlich muß man ihnen das im materiellen Sinne zugestehen, und ich muß hierin Herrn Heck auch recht geben, aber aus psychologischen Gründen muß ich doch widersprechen; denn hier liegt noch etwas vor, weil alles das, was diese Menschen erlebten und noch erleben, niemals mit organisatorischen Maßnahmen allein zu meistern ist. Ich sehe diese Dinge

etwas anders. Ich halte es aus psychologischen Gründen für unbedingt notwendig, daß diese Fragen durch einen Vortrag zusammengefaßt werden, und zwar nach zwei Gesichtspunkten: 1. Was wurde geleistet, und 2. was war der Sinn der Leistung für dieses Deutschland, wie es heute geworden ist? (*Fricke*: Der Beitrag der Flüchtlinge und Vertriebenen zu dieser Leistung!) Ja! Es soll keiner auf die Idee kommen, die CDU interessiere sich im Grunde genommen für andere Dinge und gehe an diesen wichtigen Fragen vorbei. Ich weiß, es ist eine schwierige Frage, aber ich bitte um Ihr Verständnis für meine Anregung.

Heck: Ich glaube, daß ein Thema, das in einem ganz bestimmten Punkt zur geistigen Klärung beitragen soll, schlecht charakterisiert ist, wenn man es als Liturgie bezeichnet. Nach meiner Meinung sind wir an einem Punkt angelangt, wo unserem Volk etwas zu sagen ist zum Thema „Vaterland und Staat“; denn es ist doch tatsächlich so, daß fast alle Schichten ohne ein Geschichtsbewußtsein darin leben, (*Zurufe*: Sehr gut!) daß also dieses Volk kein nationales Bewußtsein mehr hat. Dieser Begriff ist fast verfehmt. Man setzt sich sogar einem Verdacht aus, wenn man erklärt, daß dieses Volk kein Staatsbewußtsein habe. Ich meine, man kann diese Erkenntnis heute fast mit Händen greifen. Unser Volk ist an einer Stelle angekommen, wo ein Gefühl bewußtgemacht werden muß. Ich halte deswegen dieses Thema für außerordentlich nützlich. Dem Parteitag würde etwas Wesentliches fehlen, wenn das verlorengehe.

Und nun muß ich doch aus der Schule plaudern. Der Herr Bundestagspräsident hat die Aufgabe dieses Referates selber einmal am trefflichsten charakterisiert, indem er sagte: Das muß die Präambel zu dem werden, was der zweite und der dritte Tag bringen. Der Herr Bundestagspräsident – man braucht ihm gar nicht zu widersprechen – hat bei den Vorbesprechungen von sich aus im Hinblick auf die Wahl erklärt, daß diese ganzen Probleme, die mit der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts, aber mehr noch mit der Rede von Dr. Geiger¹⁴ angesprochen sind, (*Gerstenmaier*: Und Meyers!) auf dem Parteitag nicht gelöst werden können. Ich bin allerdings der Meinung, wenn die Wahlen herum sind, dann müßte dieses Thema einmal in einer Bundesvorstandssitzung in extenso diskutiert werden. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Ich möchte meinen, daß es bei der Aufgabenstellung für den Präsidenten Gerstenmaier bleiben soll, wobei die Formulierung des Themas natürlich anders gewählt werden kann. Das war ein Vorschlag, den ich gemacht habe aufgrund des Eindrucks aus den Gesprächen mit dem Präsidenten Gerstenmaier, um was es ihm bei dieser Sache geht. Wenn ich nicht genau ins Schwarze getroffen habe, dann wird er – davon bin ich überzeugt – um so besser ins Schwarze treffen.

14 Dr. Willi Geiger (geb. 1909), 1950–1977 Richter am BGH, 1951–1977 am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, seit 1952 Honorarprofessor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Vgl. PROTOKOLLE I S. 185 Anm. 31. – Geiger sprach auf dem Kongreß über den Föderalismus, der am 9./10. März 1961 in Mainz stattfand. Auszüge aus dem Vortrag in FAZ vom 29. März 1961 („Die Pflicht zu bundesfreundlichem Verhalten“); vgl. auch FAZ vom 10. März 1961 („Die Länder rüsten zu Vorstößen gegen den Bund“).

Von Hassel: Wir sind am Ende unserer Rednerliste. Lassen Sie mich versuchen, die Diskussion zusammenzufassen. Über den ersten Tag hat Herr Heck ausreichend berichtet. Wir sind wohl alle davon überzeugt, daß unser Freund Gerstenmaier – bei allem Temperament, das er im kleinen Kreise entwickelt – ein Referat halten wird, wie wir das in den vergangenen Jahren von ihm gewohnt sind. Ich bin der Meinung, daß es aufgrund dieses Referats ein großes Interesse und Vertrauen für den Parteitag geben wird.

Können wir davon ausgehen, daß Sie mit dem Ablauf des ersten Tages einverstanden sind? (*Zurufe:* Ja! – *Schmidt:* Wie ist es mit dem Thema „Was ist des Deutschen Vaterland“?) Darf ich anregen, daß sich die Herren Gerstenmaier und Heck zusammensetzen. Sie werden sicher das entsprechende Thema finden, das uns alle befriedigen wird.

Gerstenmaier: Die Herren sollen sagen, ob Sie damit einverstanden sind. Ich will nachher keine Vorwürfe bekommen, daß ich illoyal gewesen sei. Herr Süsterhenn, ich meine das Thema „Was ist des Deutschen Vaterland?“. (*Süsterhenn:* Aber mit der Einschränkung, daß Sie diese innenpolitischen Streitigkeiten nicht auf dem Parteitag bringen!) Es ist völlig ausgeschlossen, daß wir darüber sprechen. Es ist auch völlig ausgeschlossen, daß man über einige Kernfragen überhaupt noch sprechen kann. Das ist doch unmöglich bei diesem Thema.

Von Hassel: Ich meine, daß es dem Parteitag gut anstünde, auch wenn es für uns selber die eine oder andere schwere Passage bringt, wenn wir dieses Thema ansprechen. Ich bin überzeugt, daß es ein ausgesprochen guter Erfolg sein wird. (*Weber:* Wenn wir den Mut haben, „Vaterland“ zu sagen! – *Even:* Herr Gerstenmaier! Sind Sie bereit, auch das Verhältnis der jungen Generation zum Staat zu behandeln?)

Gerstenmaier: Das ist doch eine der wenigen Chancen, die ich noch habe. (*Heiterkeit.*) Wie soll ich Herrn Süsterhenn den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen? (*Heiterkeit.*)

Von Hassel: Ich darf feststellen, für den ersten Tag ist von Ihnen das Einverständnis da.

Der zweite Tag steht unter dem Oberbegriff: Konrad Adenauer – Sicherheit, Außenpolitik und was dazu gehört. Das Thema lautet „Der Weg der CDU/CSU“. Vielleicht kann man noch eine bessere Formulierung finden. (*Heck:* Dieses Thema hat der Bundeskanzler selber gewünscht!) Gut! Wir nehmen das zur Kenntnis. Das Thema „Entwicklungshilfe“ gehört zur Frage der Sicherheit. Und wenn es nicht klar geht in Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika, dann brauchen wir uns über Sicherheit nicht zu unterhalten. Ich nehme an, das Programm des zweiten Tages, des Dienstags, ist ebenfalls klar.

Gerstenmaier: Sie können mich in allem überstimmen, aber ich warne Sie davor, die Sache auch noch auszuschreiben als Thema. Wenn es in der Diskussion aufkommt, schön, dann muß man sich ihm stellen, und man wird sich ihm stellen. Aber an diese Sache heranzugehen, ohne die eigentlichen Kernpunkte zu erwähnen, worauf doch die Öffentlichkeit sieht, ist unmöglich.

Albers: Ich nehme an, daß der Herr Bundeskanzler eineinhalb Stunden reden wird. Dann kommen vier Kurzreferate mit einer durchschnittlichen Dauer von 25 Minuten. Das sind zusammen 190 Minuten oder drei Stunden und zehn Minuten. Somit haben wir am Dienstagmorgen nur Referate. Am nächsten Tage haben wir sogar fünf Kurzreferate nach dem Hauptreferat. Ich bin der Meinung, die Herr von Merkatz vorgetragen hat bezüglich der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen. Hier müßte etwas Besonderes geschehen. Ich meine sogar, aufgrund dieses ganzen Programms könnte sehr leicht in der Öffentlichkeit die Meinung hochkommen, daß es sich hierbei um eine bestellte und gelenkte Angelegenheit handelt, und zwar in der Weise, der Parteitag nimmt Kenntnis von den Vorträgen und kann dann wieder nach Hause gehen. (*Gerstenmaier:* Sehr richtig!) Da kann ich nicht folgen, und ich bleibe deshalb bei meiner Auffassung.

Kraske: Ich darf ein Wort sagen zu der Geschichte dieses Kompromisses. Wir sind ursprünglich, als noch zur Diskussion standen die zwei Referate vom Bundeskanzler und vom Bundeswirtschaftsminister, davon ausgegangen, daß man auf einem Parteitag eine Diskussion nicht über einen ganzen Tag laufen lassen kann, sondern daß der Präsident des Parteitages nach einem solchen Referat erklären muß: Wir diskutieren nunmehr über die Außenpolitik, dann über die Sicherheitspolitik, dann über die anderen Fragen. Was hier im Programm steht, ist wirklich nur das, was zur Einleitung dieser Diskussion unerläßlich ist. Die Öffentlichkeit wird verstehen, daß man nicht über das gesamte Thema „Außenpolitik und Sicherheitspolitik“ oder „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ einen ganzen Tag lang diskutieren soll. Es muß also ein gewisses Gerüst vorgegeben werden. Mehr soll es nicht sein. Ich glaube nicht, daß man daraus den Vorwurf einer gelenkten Diskussion ableiten kann.

Von Hassel: Wir müssen zu einem Abschluß kommen. Es ist davon gesprochen worden, das Thema „Entwicklungshilfe“ als einen Unterbegriff aufzunehmen. Es wird aber mit Sicherheit sowieso in der Diskussion zum Ausdruck kommen, denn es gehört ja in die Außenpolitik hinein. Aber wenn Sie meinen, daß wir es hineinnehmen sollen, dann müssen wir uns darüber aussprechen. Der Herr Bundeskanzler hat ausdrücklich gebeten, eine Reihe von Beiträgen sichtbar in Erscheinung treten zu lassen. Sollen wir nun für die „Entwicklungshilfe“ einen eigenen Beitrag bringen oder nicht?

Heck: So dankbar ich für jede Streichung bin, so möchte ich doch auf eines aufmerksam machen. Die Frage der Entwicklungshilfe ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer stärker in die öffentliche Diskussion gekommen ist. Es ist die Tendenz der Sozialdemokraten, uns als eine Partei zu betrachten, die nach 1945 vielleicht richtig war. Aber nun sagen sie: Zukunftsweisende Dinge, die nunmehr vor uns stehen, sind für die CDU uninteressant. Unter diesem Gesichtspunkt würde ich schon Wert darauf legen, daß das Thema in einer eigenen Diskussion behandelt wird. Die vorgetragenen Bedenken sind nicht aus dem Wege geräumt, wenn das Thema unter dem Referat von Herrn von Brentano behandelt wird. Was hier kontrovers in dem Raum steht, kann aber in der Diskussion genauso zum Ausdruck kommen, wenn es eigens besprochen wird. Einwände gegen die gesonderte Behandlung dieses Themas

wären nur dann gerechtfertigt, wenn man sagen könnte: Man behandelt dieses Thema überhaupt nicht, weil intern keine Einigung darüber besteht, wer soll nun was, wie und wo anpacken.

Gerstenmaier: Mein lieber Freund Heck! Wenn ich bis jetzt unentschieden war, so kann ich nunmehr sagen: Ich bin ganz entschieden dagegen und bitte den Bundesvorstand darum, diese Sache zu streichen. Lassen Sie sich nicht einreden, daß die SPD ein Geschäft machen könne mit dem deutschen Volk, wenn sie sich vor der Wahl 1961 noch großzügiger gibt in Sachen Entwicklungshilfe als das, was diese Regierung schon hundertmal verlautbart hat. Die SPD will beim deutschen Volk Ruhm und Ehre gewinnen, indem sie sagt: Wir leisten nicht 2,5 Milliarden, sondern der Brentano hat 8 Milliarden gesagt, der Erhard 4 Milliarden, der Bundestag hat von 2,5 Milliarden gesprochen, das sind im ganzen 14,5 Milliarden Mark Entwicklungshilfe. – Lassen Sie die SPD damit die Schlacht gewinnen im Herbst 1961! Seien Sie sich klar darüber, daß diese Geschichte immer unpopulärer wird und die Leute allmählich sagen, für die Lumumbas¹⁵ und ähnliche Kerle sollen wir unser Geld geben!

Hauen wir also nicht auf die Pauke wegen einer im Grunde nicht populären Geschichte, die, wenn man auf das Ganze unserer Partei sieht, was wir programmatisch den Wählern ins Bewußtsein bringen müssen, nicht von erheblicher Bedeutung ist. Es ist nicht wahr, daß die Entwicklungshilfe ein Programmpunkt Nr. 3, 4 oder 5 in unserer Parteipolitik ist. Das ist gar nicht wahr. Die Entwicklungshilfe ist ein Komplex, von dem ich mir bei einer sachlichen Diskussion auf dem Parteitag nichts anderes vorstellen kann als die bisherige Regierungspolitik; denn wir haben viel zu wenig Sachkenner. Und sogar bei den Sachkennern gibt es in Fragen der Organisation kontroverse Ansichten. Müssen wir nun diese Kontroverse auf dem Parteitag austragen? Unter dem Gesichtspunkt der Popularität ist nichts drin, was von Bedeutung wäre, insbesondere weil wir sehr unbeliebte Schwierigkeiten bei den Fachleuten haben wegen der Kompetenzen. Ich plädiere also dafür, dieses Thema zu streichen.

Krone: Ich schließe mich dem an, ohne mich mit allen Gründen, die Gerstenmaier angeführt hat, zu identifizieren; denn so einfach ist die Sache nicht, wie er es hier zum Ausdruck bringt.

Blank: Ich gebe unumwunden zu, ich würde mich dem Anliegen des Herrn Kollegen von Merkatz anschließen. Es geht nicht anders. Dann hätten wir einmal sechs und zum anderen drei Redner. Und nun überlegen Sie den technischen Ablauf. Herr Albers hat recht, wenn er davon spricht, daß jedes Referat mit allem Drum und Dran mindestens 25 Minuten dauern wird. Dann sind das schon 150 Minuten. Und Herr Erhard wird auch mindestens eine geschlagene Stunde, wenn nicht mehr, reden müssen, wenn er das Thema ganz behandeln will. 150 und 60 sind also 210

15 Patrice Hemery Lumumba (1925–1961), kongolesischer Politiker; 1958 Mitbegründer des „Mouvement National Congolais“ (MNC), 1960 Ministerpräsident der kongolesischen Zentralregierung, 1961 ermordet.

Minuten. Und da der Parteitag nicht um 8 Uhr, sondern um 9 Uhr oder etwas später beginnt, dürften wir damit bei der Mittagssuppe angelangt sein. (*Heck*: Nach jedem Einleitungsthema wird diskutiert!)

Das ist richtig, aber das Programm bleibt doch dasselbe, ob Sie zunächst die Referate halten und dann diskutieren lassen oder ob Sie nach jedem Referat unmittelbar die Diskussion folgen lassen. Ich sage Ihnen jetzt schon voraus, Kollege Lücke wird seinen bedeutungsvollen Vortrag, wenn die Reihenfolge so bleiben soll, überhaupt nicht mehr halten können. Das gleiche gilt für den Kollegen von Merkatz. Das ist technisch nicht möglich. Es wäre zu überlegen, ob das Thema „Flüchtlinge und Vertriebene“, da ja wohl die „Entwicklungshilfe“ gestrichen wird, sich nicht unter dem Gesichtspunkt der inneren und äußeren Sicherheit und Einheit Deutschlands unterbringen läßt.

Burgbacher: Ich spreche nur zum ersten Tag. Wäre es nicht sinnvoll, an diesem ersten Tag zu den außenpolitischen Themen noch das Thema „Europa“ zu stellen? Ich halte es für dringend notwendig, daß das geschieht, und würde meinen, weil wir den Präsidenten des Europaparlaments in Gestalt unseres Kollegen Furler¹⁶ stellen, sollte man ihm Gelegenheit geben, über Europa zu sprechen. Ich halte es in jedem Fall für notwendig, daß es geschieht.

Ich begrüße es, daß unser Freund Gerstenmaier das Thema nach dem Arndt-Motiv „Was ist des Deutschen Vaterland?“ gewählt hat. Ich bin der Meinung, wenn wir uns nicht Mißverständnissen bei unseren anderen europäischen Freunden aussetzen wollen, daß es notwendig ist, in der außenpolitischen Debatte etwas über Europa zu sagen. Ich halte es für falsch, wenn wir unserem Kollegen, dem derzeitigen Präsidenten des Europaparlaments, diese Ehre nicht zuteil werden lassen.

Schmidt: Das Thema „Was ist des Deutschen Vaterland?“ muß zwangsläufig in das allgemeine Thema „Europa“ hineinmünden. Deshalb können wir auf ein besonderes Thema „Europa“ verzichten.

Gerstenmaier: Herr Professor Burgbacher! Der Unterschied zwischen Ernst Moritz Arndt und uns in diesen Tagen ist der, daß es mit der Antwort von Arndt nach meiner Überzeugung zwar im Blick auf die salomonische Entscheidung von Karlsruhe getan wäre, daß es aber nicht getan ist im Blick auf die Realität, die uns umgreift; denn unser nationales Denken erfährt eine Umformung durch unsere Europapolitik, die eine im höchsten Sinne moderne Sache ist, weil sie unserem nationalen Bewußtsein und unserer Situation von heute entspricht.

16 Dr. Hans Furler (1904–1975), Universitätsprofessor; 1953–1972 MdB (CDU), 1955–1958 Mitglied, seit 1956 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), 1957–1973 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), 1958–1973 MdEP, 1958–1960 und 1962–1973 Vizepräsident, 1960–1962 Präsident des Europäischen Parlaments, 1958–1966 Präsident des deutschen Rates der Europäischen Bewegung (BADISCHE BIOGRAPHIEN Bd. 1).

Es muß die europäische Geschichte insoweit hineingezogen werden, als sie nicht die politische Organisationsform Europas enthält. Das würde hineinführen in das Thema des Bundeskanzlers und wahrscheinlich auch in das Thema von Brentanos und von Strauß. Und ich habe nicht die Absicht, denen ins Gehege zu kommen. Ich könnte eigentlich nur die inneren Voraussetzungen dieser Politik andeuten hinsichtlich des Umwandlungsprozesses.

Weber: Unter keinen Umständen darf es ein besonderes Thema für Herrn Furler geben. Wir sind das erste europäische Land, das in seiner neuen Grundverfassung vom 23. Mai 1949 direkt angeboten hat, für die Völkerfamilie auf gewisse Rechte zu verzichten. Darauf kann man aufbauen, aber bitte kein besonderes Thema mit Furler!

Von Hassel: Ich wäre dankbar, wenn wir so verblieben: Der zweite Tag mit Konrad Adenauer, von Brentano, Strauß und Schröder. Der dritte Tag wird ergänzt um ein Kurzreferat über die Vertriebenen und Flüchtlinge in ihrer Gesamtproblematik. Zum Ablauf der Diskussion darf ich auf folgendes verweisen: Am zweiten Tage sind nur drei, am dritten Tage dagegen sechs Kurzreferate. Am zweiten Tag ist mit Sicherheit auch mit einer Diskussion über das Referat von Herrn Gerstenmaier zu rechnen, so daß wir also auch am zweiten Tag eine sehr starke Diskussion haben werden und der Tag zeitlich voll ausgefüllt sein wird.

Am vierten Tage ist der ganze Vormittag für die Schlußberatung, d.h. Diskussion plus Schlußreferate, vorbehalten. Was am dritten Tage – wir können ruhig bis abends spät diskutieren – nicht erledigt wird, kann am nächsten Tage behandelt werden.

Rehling: Frau Brauksiepe ist z.Z. in Genf zur Vorbereitung der Interparlamentarischen Union. Frau Dr. Schwarzhaupt hat mich gebeten, etwas zu dieser Frage zu sagen, über deren Vorgeschichte ich bisher nichts weiß. Es steht auf der Aktennotiz, die mir gegeben worden ist, daß dem Herrn Bundeskanzler vorgeschlagen wurde als Thema „Die Frau in der modernen Volkswirtschaft“ und daß zu dem, was Herr Heck ausgeführt hat, noch kommen soll „Die Frau als Verbraucherin“, eine Frage, die Herr Erhard immer sehr stark in den Vordergrund gerückt hat, in der aber gerade die CDU bisher sehr wenig aktiv gewesen ist. Es ist so, daß die SPD sich sehr stark in den Ländern und großen Städten der Verbraucherausschüsse usw. bemächtigt hat.

Nun ist die Frage: Wer soll darüber sprechen? Es war zunächst gedacht an Frau Dr. Strecker; das wäre sicherlich eine ausgezeichnete Lösung gewesen. Frau Dr. Strecker ist aber zur Erholung, da sie sich nicht wohl fühlt, in Lugano. Sie hat geschrieben, sie könne nicht kommen. Frau Dr. Schwarzhaupt hat aus Essen vorgeschlagen, eine Frau von Trott zu Solz¹⁷. Sie ist mir unbekannt. Ich weiß nicht, ob Herr Wilhelmi sie kennt. (*Weber:* In keiner Weise bekannt!) Nun hat im Auftrag der Bundesvereinigung

17 Dr. Renate von Trott zu Solz (geb. 1913), Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung Kassel, 1960–1966 und 1972–1977 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Kassel.

Frau Blohm¹⁸ aus Hamburg, wie mir gesagt worden ist, mit einzelnen Ministerien bereits Fühlung genommen, wer wohl in Frage kommen könnte, dieses Thema zu behandeln. Diesen Vorschlag habe ich Ihnen hier zu machen: Frau Blohm.

Von Hassel: Wir wollen diese Frage hier nicht entscheiden, sondern uns darüber noch einmal im vorbereitenden Kreis verständigen. (*Rehling:* Ich bitte dringend darum, die Frage möglichst schnell zu entscheiden. Es sind nur noch 14 Tage, und wenn jemand dieses Thema ordentlich behandeln soll, muß er eine entsprechende Vorbereitungszeit haben. – *Gerstenmaier:* Frau von Trott, wer ist das? – *Rehling:* Ich kenne sie nicht! – *Weber:* Ich auch nicht! – *Zurufe:* Wir auch nicht!) Was sagen Sie dazu, wenn wir Frau Brauksiepe nehmen? (*Weber:* Keinen Namen veröffentlichen!)

Blank: Ich habe volles Verständnis, daß Sie in die Pressekonferenz müssen, aber das muß zuerst geklärt werden. Ich möchte nicht, daß in der Pressekonferenz etwas gesagt wird, was wir dann einfach zur Notiz nehmen müssen. Ich habe gesagt – und bleibe dabei –, man kann nicht für einen Tag sechs Referate und für den anderen Tag drei Referate vorsehen. Diese Untergliederung ist falsch; denn dann läuft es so aus, daß wir mit dem einen oder anderen Problem ins Hintertreffen geraten. Es kommt darauf an, daß die gesamten innenpolitischen Probleme einigermaßen gleichmäßig behandelt werden. Ich möchte auch, daß sich der Kollege Albers zu dieser Frage äußert. Ich habe einen Vorschlag gemacht, den der Vorsitzende nicht behandelt hat. Ich habe gesagt, ob sich nicht unter diesem Gesichtspunkt hier anböte, die Frage der Flüchtlinge und Vertriebenen endgültig abzuschließen.

Krone: Ich bitte den hohen Vorstand, doch etwas zu berücksichtigen, daß wir festgelegt haben, die Presse zu informieren. Lieber Theo Blank! Was uns hindert, die Flüchtlinge und Vertriebenen expressis verbis zu behandeln, war der Umstand, daß wir keine Sonderdebatte über diesen Punkt auf dem Parteitag haben wollen. Aber ich habe Verständnis dafür, daß das ein wichtiges Thema ist. Ich schlage deshalb vor, daß wir am ersten Tag als letzten Punkt Herrn von Merkatz mit diesem Thema vorsehen. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Von Hassel: Wir haben also keine Bedenken.

Albers: Ich halte die Überfütterung der Tagesordnung für zu groß. Dieser Bundesparteitag wird nach meiner Ansicht das Gegenteil von dem bringen, was wir von ihm erhoffen und wünschen. Ich bedaure es außerordentlich, aber dieser Geschichte kann ich nicht zustimmen, denn das geht nicht richtig zu mit der Diskussion.

Gerstenmaier: Ich bin auch der Meinung, daß die Diskussion wettgemacht wird auf diesem Parteitag durch die Art der Referatsgestaltung.

Krone: Ich verstehe den Grund der Kritik am dritten Tag. Aber dann schlagen Sie bitte vor, was wir streichen sollen. Darum muß ich nun bitten.

18 Irma Blohm (geb. 1909), 1953–1957 MdHB (CDU), 1957 zweite Vorsitzende des Landesfrauenausschusses, 1957–1969 MdB (CDU).

Von Hassel: In Karlsruhe haben wir auch sechs große Referate gehabt von mindestens je einer Stunde Dauer. Wir haben diesmal vorgesehen drei Großreferate, dazu vier Kurzreferate am ersten und fünf Kurzreferate von je 20 Minuten Dauer am zweiten Tage. Wir haben noch nie so viel Zeit gehabt für die Diskussion.

Barzel: Man könnte der Presse sagen, auf der Eröffnungskundgebung spricht Dr. Gerstenmaier, am zweiten Tage Dr. Adenauer, am dritten Tage Dr. Erhard, am vierten Tage Dr. Krone. Alles andere kann man hinterher sagen. (*Zurufe:* In der Diskussion sprechen noch die und die Leute!) Nein, nein! Die Presse hat dann für heute den Knüller: CDU-Parteitag mit Adenauer und Erhard.

Krone: Herr von Hassel wird mit aller Reserve der Presse sagen, was er eben sagen kann. Das Vertrauen habe ich in ihn. (*Bauknecht:* Ich wollte nur darauf hinweisen, daß man bei der Landwirtschaft nichts einschränken kann hinsichtlich der Referate und der Diskussion!) Das ist auch nicht beabsichtigt. (*Bauknecht:* Wir sind den massiven Angriffen der FDP ausgesetzt. Ich möchte gern, daß im Programm zum Ausdruck kommt, daß unser Minister redet!) Ich bin völlig Ihrer Meinung. Der Bundeskanzler würde uns sonst totschiessen. (*Gerstenmaier:* Aber bloß Sie!) Aber was kann man zusammenstreichen? Die Streichung müssen wir hier vornehmen.

Dufhues: So lautet die Frage nicht, Herr Krone! Wenn Sie eine Einladung bekommen, auf der 12 bis 15 Redner verzeichnet sind, und zwar der eine mit einem großen Referat, die übrigen mit kleinen Referaten, dann schaffen Sie damit eine lähmende Stimmung. Damit haben Sie zu einem politischen Schulunterricht eingeladen, aber nicht zu einem Parteitag, der die zentralen Probleme der Politik behandeln muß. Sie können und müssen der Führung des Bundesparteitags den Auftrag geben, die Diskussion zu den Hauptrednern zu streuen. Das kann geschehen. Aber von vornherein den Schulplan festlegen, das wirkt lähmend auf die ganze Diskussion.

Krone: Wir standen vor der Frage, sollen wir den Vorschlag, den auch wir machten und den Herr Gerstenmaier genannt hat, übernehmen oder nicht. Da hat der Herr Bundeskanzler gesagt: Nein! (*Gerstenmaier:* Der Bundeskanzler war anderer Meinung, und infolgedessen rufen alle: Ja!) Nein, lieber Kollege Gerstenmaier! Wir haben doch mit Ihnen viel diskutiert und Sie an die Spitze gesetzt mit Ihrem Referat. Und dann kamen die Bauern und sagten mit Recht, sie wollten auch erwähnt sein.

Fricke: Jetzt gehen wir doch ein bißchen an der Planung vorbei, meine Herren. Ich verstehe die ganze Sache unter dem Aspekt: Einleitungsreferat des Bundestagspräsidenten bei der Eröffnungskundgebung, Referat des Bundeskanzlers am ersten Tag; und nun wird gesagt, es sollen die Diskussionen eingeleitet werden durch Kurzreferate. Der Präsident darf dann aber nicht zulassen, daß zu dem jeweiligen Diskussionsthema weitere Fragen gestellt werden, sonst bekommen wir keine Ordnung. Es wäre auch nicht schlecht, wenn wir am zweiten Tage bis 9 Uhr diskutierten. Im übrigen haben wir immer noch den dritten Vormittag zur Verfügung.

Gerstenmaier: Das war der Vorschlag von Herrn Heck. Herr Heck hatte nicht die Absicht, mit den gleichen Typen die Vorträge anzukündigen. Man kann nicht

dazu schreiben: Referat 20 Minuten. Heck hatte vorgeschlagen, wenn schon, dann nach der Sache und weniger nach der Person. Das aber ist gescheitert durch den Widerspruch des Bundeskanzlers, der sagte: Wir sind nicht ein Verein, wo einer vorn steht und sagt, alles marschiert nach mir, sondern wir sind eine Gruppe, wo alle gleichberechtigt sind, es viele gleich gute Leute gibt. Deshalb muß das mit gleichen Typen gedruckt werden.

So kam es zu dem Programm, das sich jetzt ergibt, daß wir nicht eine Diskussionsgliederung haben, sondern eine Summe von Referaten, bei denen nun die Ressortminister stehen. Aber nun kann jeder, der nicht daraufsteht, fragen, warum ist mein Problemkreis nicht angeführt; wobei ich allerdings sagen muß, die draußen sind, sind nicht so schwierig dran wie z.B. der Außenminister. Wenn der Außenminister mit einem Kurzreferat von 20 Minuten etwas sagen darf, nachdem der Bundeskanzler eineinhalb Stunden lang die ganze Substanz der Sache bis in den Methodenstreit behandelt hat, dann tut mir der Außenminister mehr leid als jemand, der auf dieser Liste nicht verzeichnet ist.

Das führt zu objektiven Schwierigkeiten. Sollten wir nicht im Interesse einer lebendigen Diskussion wieder zurückkehren zu Hecks ursprünglichem Gedanken, daß es sich um eine Diskussionsgliederung handelt, bei der wir den Wunsch haben, einige Teilkomplexe besonders anzusprechen. Wir wollen dafür sorgen, daß in der Diskussion dieses Problem nicht unter den Tisch fällt, nur sollte mit kleineren Typen eine entsprechende Einladung gemacht werden. Ich bitte Sie, zu diesem Weg wieder zurückzukehren.

Und nun überlege ich mir gerade, ob wir wieder von dem kitzligen Thema „Was ist des Deutschen Vaterland?“ heruntergehen sollen, und zwar kitzlig nicht für mich, sondern für den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen: Was ist des Deutschen Vaterland? Nordrhein-Westfalen ist auch ein so „uraltres Land“. Statt dessen bitte ich zu überlegen, ob wir nicht ... (*lebhaft Unruhe*) – hören Sie bitte zu, auch wenn es abstrus erscheint – etwas breiter einen Dank des Parteitages für unseren schwerkgeprüften Freund Theodor Blank sagen sollen, ob wir nicht auch ein Ressorthema, aber etwas, was Wurzeln hat, von Blank zur Eingangsrede machen können. Ich würde, ohne die mindeste Verkrachung mit der Partei, den Freund Theo Blank an meine Stelle setzen. (*Blank*: Das mache ich nicht mit!) Ich habe doch auf dem Kulturkongreß geredet, Theo Blank! Du kannst auch etwas sagen, was nicht beginnt mit der Kriegsofferrente und der Krankenkassenreform. Du kannst einmal etwas sagen, was Dir am Herzen liegt.

Blank: Das habe ich ja getan, und zwar mit einigem Erfolg. Nur nicht mit dem Erfolg, daß mir die Fraktion nachher gefolgt ist. (*Gerstenmaier*: Wie ist es, wenn unser Parteitag Dich einlädt, die erste Rede zu halten?) Alle haben mir zuerst zugestimmt. (*Weber*: Ich nicht!) Der Rede haben Sie sicher zugestimmt, bloß nachher nicht. (*Anhaltende Unruhe*.) Ich habe mich also nicht lächerlich gemacht, sondern ich habe bloß die Loyalität bis zum äußersten bewahrt. Wenn ich das nicht gewollt hätte, dann hätte ich etwas ganz anderes gesagt.

Kraske: Ich darf etwas zum zeitlichen Ablauf sagen. Herr Heck hat schon angedeutet, daß man nicht gebunden ist, die Sitzungen um 6 Uhr abzuschließen. Nach oben ist also Zeit genug vorhanden. Das Programm im ganzen ist so angelegt, daß der letzte Vormittag, der Donnerstag, ohne Schwierigkeiten mit der Diskussion in Anspruch genommen werden kann. Zeitliche Bedenken bestehen wohl nicht mehr, wenn wir in zweieinhalb Tagen zwei Hauptreferate und die Diskussionsreferate behandeln.

Blumenfeld: Wir sollten das, was Gerstenmaier zum Schluß zur Diskussionsgliederung gesagt hat, annehmen, damit das beschlossen wird. Im übrigen scheint mir richtig zu sein, diejenigen herauszustellen, die für den Wahlkampf Erfolg versprechen. Wir müssen schlagkräftige politische Parolen auf dem Parteitag für den Wahlkampf herausbringen. Das halte ich noch für wichtiger, als wenn ein Diskussionsredner nun fünf oder zehn Minuten lang redet.

Burgbacher: Wenn man der Diskussion aufmerksam gefolgt ist, liegt folgende Lösung nahe: Wir sollten die Freunde, die ein Kurzreferat halten, nicht als Referenten aufführen, sondern eine Diskussionsgliederung vornehmen, die bei jedem Sachpunkt klar den Themen entspricht, die für die Herren festgelegt sind, und zwar so: Die Diskussion wird eingeleitet durch Herrn ... (*Zurufe:* Sehr gut!) Dann kommt der einzelne auch nicht in den Verdacht, daß er zu wenig sagen kann. Diese Einleitung der Diskussion könnte auch nur zehn Minuten dauern. Dann haben wir die Gliederung gerettet, und wir haben das, was der Bundeskanzler will. Wir haben die Diskussion nicht abgewürgt.

Krone: Mit Recht hat Herr Kraske darauf hingewiesen, daß der Bundeskanzler nicht differenzieren möchte zwischen sich, Erhard und den anderen. Ich halte das auch für richtig. Natürlich kann man sagen: Warum soll es immer ein Minister sein? Wir haben ja nicht alle Minister nehmen können. Ich nehme den Vorschlag von Herrn Gerstenmaier auf, diese Kurzreferate als einleitende Referate für die Diskussion anzusehen. Man könnte optisch hervorheben, daß die Diskussion damit eingeleitet wird.

Blank: Wenn die drei stellvertretenden Vorsitzenden reden, dann rede ich auch. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche!

Gerstenmaier: Es tut mir leid, daß dieser Kreis nicht bereit ist, meinen Vorschlag anzunehmen. (*Blank:* Nein, nein!) Ich weiß nicht, warum wir immer diese Scherereien haben. Wenn Herr Blank dieses Referat hielte, wäre das doch eine Sache, die für ihn eine glänzende Rehabilitierung von seiten der Partei geben würde. Das gäbe ihm die Möglichkeit, unabhängig von Tagesstreitfragen seines Ressorts, einmal grundsätzlich Stellung zu nehmen.

Blank: Nein, nein! Das mache ich nicht; denn ich brauche keine Rehabilitierung.

Fricke: Sie haben im 16er-Kreis erlebt¹⁹, daß ich mir den Zorn des Höchsten zugezogen habe, als ich erklärte: So ist es ja nicht bei Blank. Ich bekam also etwas

¹⁹ Vermutlich Konferenz der Landesvorsitzenden am 24. Februar 1961. Kurzprotokoll in ACDP III-026-AO 474.

auf den Hut, als ich mich neben Blank stellte. In dem Thema von Herrn Gerstenmaier muß etwas über das Staatsbewußtsein gesagt werden, vor allem an die deutsche Jugend, an die vier Nachwuchsjahrgänge. Ich darf noch einmal sagen: Ich stelle mich völlig vor unseren Freund Blank. Er braucht draußen im Volk keine Rehabilitierung. (*Lebhafter Beifall.*)

Blank: Ich bin es allmählich leid, immer in die Rolle eines armen Mannes gedrängt zu werden. Ich persönlich brauche keine Hilfe. In meinem Wahlkreis Ahaus, in dem ich gesprochen habe, hat sich die Zahl der Stimmen bei der Kommunalwahl von 53,04 % auf 68,5 % erhöht. In meinem gesamten Wahlkreis haben wir – was es noch nie gegeben hat – sogar in der Stadt Bocholt die absolute Mehrheit errungen. Ich brauche keine Hilfe. Ich bin es auch leid, daß fortgesetzt so getan wird, als sei das notwendig. Ich habe eine bestimmte Auffassung von der Sozialpolitik. Die gebe ich auch nicht auf. Ich bin aber nicht dumm genug, jetzt und im Hinblick auf die Wahl z.B. die eine oder andere, von der Sache her unerfreuliche Geschichte neu auszuwalzen. Was habe ich davon, wenn ich in der Öffentlichkeit unentwegt klarzumachen versuche, die Selbstbeteiligung müßt ihr doch bezahlen. Das brauche ich deshalb nicht, weil die maßgebenden Krankenkassen doch Pleite gemacht haben, bis mein Nachfolger – auch wenn er Schulze heißt – die Selbstbeteiligung durchgezogen haben wird. Ich brauche nur an die Krankenkassen von Schweinfurt und Würzburg zu erinnern. Diese Sache regelt sich also von selbst.²⁰

Ich möchte nicht diesen Märtyrer spielen. Meine Freunde in den Sozialausschüssen haben mir mit einigem Recht vorgeworfen, ich hätte mich im Kreise dieser vier Vorsitzenden ein wenig in die Rolle dessen drängen lassen, der am Rande mitläuft. Nun mag rein äußerlich vielleicht dieser Eindruck entstanden sein. Ich habe aber immerhin schließlich ein Ressort, in dem einiges gearbeitet wird. Deshalb muß ich darauf bestehen, und zwar nur aus diesem Grunde, solange ich stellvertretender Vorsitzender bin, daß ich mit genau dem gleichen Gewicht auf dem Parteitag in Erscheinung trete wie die anderen drei stellvertretenden Vorsitzenden auch. Das ist meine *Conditio sine qua non!* Mitleid brauche ich nicht!

Krone: Ich darf wiederholen: Am ersten Tag soll es bei Herrn Gerstenmaier mit seinem Thema bleiben, das sich insbesondere an die Jugend wendet. Das Programm des zweiten Tages steht fest: Bundeskanzler, von Brentano, Strauß, Schröder, Merkatz. Diese leiten die Diskussion auf ihrem Gebiete ein, mehr nicht. Der dritte Tag: Referat Erhard. Hier sollten wir auch vier nehmen, und zwar Blank gleich nach Erhard, dann Schwarz, eine Frau und Lücke. Ich verstehe, was Theodor Blank eben gesagt hat. Er muß auf seinem Sachgebiet als Bundesarbeitsminister sprechen. Wenn das nicht geschieht, dann heißt es, in der Sache selber spricht er nicht, oder, er darf nicht sprechen. Auf der anderen Seite verstehe ich auch, daß er als Repräsentant der Arbeiterschaft in der Parteiführung die gleiche Rolle spielen will wie die anderen Vorsitzenden. (*Fricke:* Geht es nicht am letzten Tag?) Ich habe keine Bedenken,

²⁰ Zur gescheiterten Krankenversicherungsreform vgl. Akten in ACDP I-098-002 und -003.

daß vor dem Bundeskanzler die drei stellvertretenden Vorsitzenden sprechen. Ich nehme das Anliegen von Blank ernst.

Albers: Ich freue mich, daß Theodor Blank aus der Besprechung vor einigen Wochen etwas gelernt hat, daß wir nämlich auch noch dabei sind und daß er reden muß. Es wäre nicht mehr als recht und billig, wenn nach Erhard Theodor Blank als Hauptreferent erschiene. Wirtschaft und Arbeit gehören doch zusammen. Wir müssen die Dinge auch unter diesem Gesichtspunkt sehen. Es wird auf diesem Parteitag darauf ankommen, daß wir die 65 %, die die Arbeiterstimmen ausmachen, wiederum für uns gewinnen, genauso wie im Jahre 1957 dies der Fall war. Und dazu müssen wir sichtbar und repräsentativ Theodor Blank herausstellen.

Krone: Herr Albers! Ich würde lieber meinen Vorschlag zur Diskussion stellen. Ich weiß, was die Arbeiterstimmen bei der Wahl bedeuten. Das gleiche gilt aber auch für die Bauern, die Heimatvertriebenen, für den Mittelstand, die Handwerker usw. (*Albers:* Dann müssen Sie auch Blank reden lassen!) Wir wollen jetzt nicht darüber streiten, wer von ihnen mehr bedeutet. Sie bedeuten alle etwas. Das muß optisch gleichrangig herausgestellt werden. Zunächst spricht Erhard, dann Blank usw., wie gesagt. (*Albers:* Ist dann auch in der Schlußkundgebung Theodor Blank dabei? Darum geht es!) Ja! (*Fricke:* Er spricht den Diskussionsbeitrag nach Erhard und am letzten Tag als stellvertretender Vorsitzender wie die anderen!)

Noch einmal: Referat Erhard, dann Diskussionseinleitung durch Blank, dann Schwarz, Lücke, [eine] Frau und Etzel. Und am letzten Tage sprechen die stellvertretenden Vorsitzenden und dann der Vorsitzende am Schluß. (*Fay:* Warum soll Etzel an den Schluß kommen? – *Schröder:* Das ist keine zwingende Sache. Das kann man noch überlegen! – *Kraske:* Man kann mit Erhard abstimmen. – *Unruhe.*)

Schröder: Da ja dieser Wunsch von Blank, den wir alle als berechtigt anerkennen, durch seine Rede in der Schlußkundgebung befriedigend erfüllt wird, sollte man das Rangieren der Redner nach nichts anderem als nach Gesichtspunkten der sachlichen Gliederung vornehmen. Am besten wird diese Gliederung erreicht durch eine Besprechung mit Herrn Erhard. Dann können sich die Herren darüber einigen.

Krone: Der Vorstand ist damit einverstanden.

Schmücker: Die allgemeinen Probleme der Wirtschaftspolitik sind aber hier nicht unterzubringen. (*Lebhafter Widerspruch.* – *Zurufe:* Erhard spricht doch darüber. – *Unruhe.* – *Glocke des Vorsitzenden.*)

Kraske: Die Überlegung war die, daß in der Diskussion zum Thema Wirtschaftspolitik Herr Etzel sprechen sollte, weil er wahrscheinlich auf dem Parteitag erstens nicht speziell über Finanzpolitik sprechen wird und zweitens, weil Herr Etzel Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Partei ist, so daß von daher gesehen parteimäßig eine Linie da ist. (*Schmücker:* Dann haben Sie aber das Thema falsch gewählt! – *Widerspruch.* – *Unruhe.*)

Schmidt: Es ist wirklich zu eng, in diesem Thema nur das Geld zu behandeln. Es müßte heißen: Eine gesunde Wirtschaft durch solide Finanzpolitik. – Mit dem Geld allein geht es nicht.

Barzel: Was kommt zum Schluß des Parteitages? Gibt es eine Empfehlung? Was geschieht mit den Empfehlungen des Kulturkongresses von Gelsenkirchen?

Kraske: Über die Schlußproklamation haben wir uns sehr eingehend unterhalten. Ich gebe zu, daß Herr Heck und ich ursprünglich sehr stark an ein ziemlich konkretes und detailliertes Programm gedacht haben, daß wir aber aus verschiedenen Gründen immer mehr davon abgekommen und dann zu einem Manifest gekommen sind. Wir haben im Jahre 1953 auf dem Hamburger Parteitag ein wirkliches Programm – nicht im Sinne eines Grundsatzprogrammes, aber eines Aktionsprogrammes – mit Einzelpunkten und Einzelforderungen verabschiedet. Wir haben dann 1957 ein Manifest – fast ausschließlich mit emotionaler Wirkung – verabschiedet. Wir sind nun der Meinung, daß das, was am Ende des Parteitages stehen soll, zwischen diesen beiden Positionen liegen muß, aber näher bei dem Hamburger Manifest von 1957 als bei dem Hamburger Programm von 1953, und zwar erstens aus einem praktischen und zweitens aus einem psychologischen Grund. Der praktische Grund ist der: Wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf eine detaillierte Aufzählung von programmatischen Forderungen auf vielen Einzelgebieten lenken, dann gibt es erfahrungsgemäß kein Ende. Je mehr wir nennen, desto mehr fühlen sich die übergangen, die nicht genannt werden, und am Ende wird es vielerlei, aber nicht viel geben.

Der zweite Grund ist der, daß wir aufgrund unserer Überlegungen immer mehr zu der Auffassung gekommen sind, daß der Wähler nicht ein Programm von Forderungen sehen will, sondern das Gesamtbild einer Partei, die ihm Kontinuität und Sicherheit bietet. Und das sollte allerdings bei diesem Schlußappell zum Ausdruck kommen.

Wir haben weiter überlegt, ob wir das, was der Gelsenkirchener Kongreß erarbeitet hat, in einem Referat zusammengefaßt präsentieren sollen, um dann diese Empfehlungen durch den Parteitag beschließen zu lassen. Aber ein solches Referat hat nun in diesem Schema, wie es sich entwickelt hat, keinen Platz gefunden. Dabei haben Überlegungen eine Rolle gespielt, wie sie Präsident Gerstenmaier genannt hat. Wir haben neben dem Wahlprogramm und Wahlmanifest noch eine Reihe anderer Einzelentschlösungen zu verabschieden. Ich persönlich würde sagen, schon aus Gründen des ordnungsgemäßen Ablaufs innerhalb der Partei ist in Gelsenkirchen etwas beschlossen worden, was dem Parteitag vorgelegt werden sollte. Ich bin der Meinung, daß man es dem Parteitag vorlegen und sein Votum dazu erbitten sollte. Denn der Gelsenkirchener Kongreß war nicht satzungsgemäß zusammengesetzt, so daß diese Leitsätze nur ein Communiqué sind, aber in keiner Weise eine abschließende Billigung durch die Parteiorgane erfahren haben.

(Ministerpräsident von Hassel betritt wieder den Sitzungssaal.)

Krone: Herr von Hassel! Während Sie weg waren, sind wir zu folgenden Ergebnissen gekommen: Es sprechen in der Diskussion des dritten Tages die Herren – und zwar von der Sache her – Blank, Schwarz, Lücke, eine Frau, Etzel, und am letzten Tag sprechen die stellvertretenden Parteivorsitzenden von Hassel, Blank und Krone; der Bundeskanzler spricht ganz zum Schluß.

Nun höre ich, daß dies der Pressekonferenz noch nicht mitgeteilt werden konnte.

Wir müssen es deshalb noch nachliefern, Herr Harlinghausen²¹! Sorgen Sie bitte dafür, daß es geschieht.

Ich habe einige Bedenken, daß wir am Schluß des Parteitages uns noch mit den Leitsätzen von Gelsenkirchen befassen sollen. Damit überfordern wir die vorbereitende Arbeit, auch in den Landesverbänden. Ich halte es auch nicht für gut, auf dem Parteitag darüber zu sprechen. Das gibt eine sehr lange Diskussion. Also, der Sache wegen geht es nicht. Sie sind damit einverstanden!

Barzel: Mein Vorschlag war, daß man es zwar dem Parteitag vorlegen solle, aber vorher soll es der Parteiausschuß bekommen. Nun würde ich gern etwas zum Inhalt dieses Wahlmanifestes hören!

Süsterhenn: Formaljuristisch sind der Wert und die Bedeutung dieses Gelsenkirchener Manifestes richtig dargestellt worden. In der öffentlichen Meinung und der breiten Masse der Bevölkerung ist aber die Bedeutung dieser Gelsenkirchener Leitsätze viel stärker, als es hier zum Ausdruck gekommen ist. Wir würden die öffentliche Meinung stören, wenn wir jetzt auf dem Parteitag noch vor den Wahlen offiziell erklären, diese Empfehlungen sind für uns noch nicht verbindlich, sondern sie werden zunächst einmal dem Parteiausschuß überwiesen. Das sähe so aus, als ob wir die Dinge auf die lange Bank schieben wollten.

Krone: Sie haben recht! Der Bundesvorstand ist einverstanden damit!

Von Hassel: Das würde also bedeuten, daß sie unmittelbar dem Parteitag zugeleitet werden?

Süsterhenn: Nein, nein, diesem Parteitag nicht mehr! Es sollten aber einige kulturelle Gesichtspunkte, die unbestritten sind – trotz aller Bedenken –, von den Herren Krone und Gerstenmaier irgendwie zum Ausdruck gebracht werden. (*Gerstenmaier*: „Unbestritten“ kann ich nicht hinnehmen! – *Unruhe*. – *Weber*: Dann lieber gar nicht, Herr Präsident, aber ich trete dem Vorschlag von Herrn Süsterhenn bei. – *Anhaltende starke Unruhe*.)

Von Hassel: Damit können wir den Punkt 1 der Tagesordnung abschließen.

VORBEREITUNGEN DES BUNDESWAHLKAMPFES

Von Hassel: Wir haben vor der Abreise des Herrn Bundeskanzlers die Landesvorsitzenden zusammenberufen²², um im Beisein des Bundeskanzlers über die Wahlvorbereitungen zu sprechen, insbesondere aber im Blick auf die Frage der Kandidatenaufstellung. Ich habe seinerzeit vor den Landesvorsitzenden – etwa ein reichliches Drittel der anwesenden Herren gehörte als Landesvorsitzende zu diesem Gesprächskreis – dargelegt, was inzwischen seitens des Wahlgremiums unternommen

21 Norbert Harlinghausen (geb. 1933), 1956–1966 Leiter des Referats Funk und Fernsehen in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, seit 1966 ZDF.

22 Am 24. Februar 1961 (TERMINKALENDER); vgl. Anm. 19.

worden war. Wir haben damals das EMNID-Institut beauftragt, uns eine Untersuchung vorzulegen.²³ Dann ist uns eine umfassende Darstellung, ein achtteiliger großer Bericht, gegeben worden. Auf diesen Bericht gründet sich die erste Befragung, die dann später durch eine zweite Hauptbefragung im vorigen Monat ergänzt worden ist. Ich will auf die Untersuchungen nicht weiter eingehen, Frau Weber.

Ich habe zuletzt bei den Landesvorsitzenden die Zahl von 39 % für die CDU, 28 % für die SPD und 6 % für die FDP genannt. Im Februar war die CDU/CSU um 3 % gesunken, die SPD um 4 % gestiegen. Die CDU hatte also 36, die SPD 32 und die FDP 7 %.

Das ist aber ein Nebenprodukt. Die Hauptsache ist: Wie sieht es mit dem Bild aus, das sich die Bevölkerung von der CDU macht? Es ist interessant, daß die Wahlbereitschaft – also derjenigen, die zur Wahl gehen wollen – heute außerordentlich hoch ist. Die EMNID-Zahlen sprechen von 90 %, was ich mit Skepsis aufnehme. Aber fraglos ist die Wahlbereitschaft sehr groß.

Der interessanteste Punkt ist der, daß sich ein Unterschied von 10 % bei der Befragung „Stimmt ihr der Gesamtpolitik der Bundesregierung, der CDU, zu oder nicht?“ gegenüber denen, die CDU wählen wollen, ergibt, d.h. die Bereitschaft, ja zu dieser Regierung zu sagen, liegt um 10 % höher als die Bereitschaft, die CDU zu wählen. Daraus ist zu folgern, daß in dieser Differenz von 10 % eine gute Möglichkeit zum Ansprechen dieser Leute für uns gegeben ist.

Es hat sich herausgestellt, daß die CDU ihren Standpunkt mit großer Entschiedenheit vertreten muß. Das haben wir gesehen bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen, die zu einem Anstieg der CDU geführt haben.²⁴ Wir müssen davon ausgehen, daß der Wahlkampf nicht mit einer weichen Welle geführt werden darf. Es ergibt sich auch, daß das Gesamtbild der CDU eine Zustimmung findet. Wenn Sie aber hineingehen ins Detail, dann merken Sie, daß Kritik einsetzt, ob es sich nun um die Mieten oder die Renten usw. handelt. Es gibt also Kritik. Aber im Gesamtbild wird die CDU positiv beurteilt. Die CDU gilt als die Partei der fähigen Köpfe. Je größer die Zahl dieser Köpfe ist, desto stärker ist die Zustimmung zur CDU. Bei den Sozialdemokraten sind außer Brandt, Ollenhauer und Carlo Schmid kaum welche bekannt. (*Zuruf: Erler auch!*) Erler fällt völlig ab; denn ihn kennen nur 2 %, bei Wehner ist es nur 1 %.

23 „Voraussetzungen für die Wahlentscheidung“. Eine Untersuchungsreihe zur Klärung der politischen, ökonomischen, soziologischen, psychologischen und kommunikativen Faktoren, die auf die Wahlentscheidung des Einzelnen einwirken. Leitband und 8 Bde. (Berichte der Arbeitsgruppen) EMNID GmbH & Co, Bielefeld (1961).

24 Wahlergebnis vom 19. März 1961 in NW: CDU 45,0 % (1956: 38,2%), SPD 40,7 % (1956: 44,2 %), FDP 10,2 %, Zentrum 1,4 %, BHE 1,1 %. Wahlergebnis vom 19. März 1961 in Niedersachsen: CDU 28,2 % (1956: 20,5 %), SPD 38,8 % (1956: 38,6 %), DP 9,4 %, BHE 8,4 %, FDP 6,9 %, DRP 2,0 %, Zentrum 0,2 %. UiD Nr. 12 vom 23. März 1961 S. 3f.

Die CDU wird als geradlinig gegenüber der ungeradlinigen SPD bezeichnet. Diejenigen, die zur SPD neigen, behaupten, jetzt habe die SPD ein besseres Programm. Aber gelesen haben es nur wenige. Rund zwei Drittel der Bevölkerung anerkennt die Leistungen der Bundesregierung. Rund 50 % der Wähler erklärt sich selbst als zufrieden. Der ungewöhnlich hohe Grad von Zufriedenheit infolge des wirtschaftlichen Wohlstandes ist auch in den zur SPD neigenden Schichten sehr hoch. Wenn es auch nicht Dankbarkeit ist, so folgt doch daraus der Wunsch zum Bewahren und Erhalten des Erworbenen.

Diese Zufriedenheit mit der Wirtschaft in der Gesamtlage zerfällt aber sofort, wenn sich die Aufmerksamkeit irgendeiner wirtschaftlichen oder sozialen Einzelfrage zuwendet, z.B. den Preisen, der Krankenkassenreform, der Konzentration der Wirtschaft, den Mieten usw. Hier beginnt an sich die Kritik. Sonst sind es aber 50 % der Wähler, die sich selber als zufrieden bezeichnen.

Die Außen- und Wehrpolitik wird eindeutig uns sehr positiv zugeordnet. In der Wirtschaftspolitik werden die Erfolge anerkannt, aber es werden weitere harte Forderungen gestellt. Die Sozialpolitik wird seltsamerweise eindeutig der SPD positiv zugeordnet; sogar die Rentenreform wird – entgegen den Tatsachen – als SPD-Leistung gewertet. Nun kommt es darauf an, einmal herauszustellen, wer diese Rentenreform durchgesetzt und verantwortet hat. Ein sehr ernster Punkt ist folgender: Die SPD hat sich in einem erschreckenden Ausmaß der CDU genähert. Nur 9 % befürchten Schäden für Deutschland durch eine SPD-Regierung; sogar 42 % der CDU-Wähler sind von einer gleichartigen Politik der SPD überzeugt. Meine Meinung ist die, daß diese 42 % der CDU-Wähler wahrscheinlich sagen: Die SPD kann es auch nicht anders machen.

Bei dieser Fragestellung kann man nicht sagen, die trottelligen CDU-Leute, sondern sie argumentieren ja selbst, die SPD könne es nicht anders machen. Die SPD ist aber nicht mehr der Bürgerschreck von früher. Herbert Wehner ist fast nicht bekannt. Auf die Frage, was die Leute von Wehner halten, wird gesagt: Der ist nicht bekannt.

Es ergeben sich nun folgende wichtige Themenkreise:

1. Dr. Gerstenmaier: Bewahrung des Erreichten, Fortsetzung des Bisherigen, Kontinuität, keine Experimente! – Ein Wort, das auch heute noch stark ankommt.
2. Bewahrung der Freiheit und Sicherheit, Schutz als Sicherheit, Selbstbestimmung für ganz Deutschland, Frieden mit allen Völkern. Setzt Deutschland nicht aufs Spiel!
3. Ein klares und eindeutiges Programm bei der CDU.

Aktuelle Anlässe sollen weitgehend dazu dienen, um das außenpolitische Thema mit aller Kraft vorzutragen. Die SPD muß als unsicher, unklar und unglaubwürdig herausgestellt werden.

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU hat aufgrund des statistischen Materials früherer Wahlen eine Wahlanalyse²⁵ herausgegeben. Wir werden nicht müde werden,

²⁵ „Wahlanalyse für das Gebiet der Bundesrepublik zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1961“ (127 S.).

darauf hinzuweisen, daß diese Wahlanalyse für jeden einzelnen Wahlkreis – unterteilt in jeden einzelnen Ort – eine genaue Statistik und Übersicht gibt, und zwar nicht nur über die Wahlergebnisse, sondern auch über die ganze soziologische Schichtung der Kreise und Gemeinden, so daß jeder einzelne in der Lage ist, für seinen Wahlkreis abzulesen, wo jeweils noch Schwächen und Mängel sind. Dann sind Anhaltspunkte dafür gegeben, wo angesetzt werden kann. Es ist zwar eine trockene und langweilige Materie, aber diese Statistik gibt einfach den Schlüssel für jeden einzelnen kleineren Bezirk in den Landesverbänden.

Ich wäre dankbar, wenn die Damen und Herren Ihrer Kreise immer wieder darauf aufmerksam machen, was mit einer solchen Auswertung an wirklich Positivem erreichbar ist. Aufgrund der Erkenntnisse haben wir mit der technischen Vorbereitung schon seit Monaten begonnen, nämlich mit der Plakatierung, der Inserate, der Filme, dem Fernsehen usw. Wir haben zwei Firmen mit der Vorbereitung beauftragt, die zum Teil schon im Wahlkampf 1957 mit uns zusammengearbeitet haben, die große Werbeagentur Dr. Hagemann in Düsseldorf und die Werbe GmbH in Essen.

Es sind in der Zwischenzeit über 50 Plakatentwürfe vorgelegt worden, die wir im Wahlgremium genau geprüft haben. Dabei hat sich eine Fülle von brauchbarem Material ergeben. Wir haben einige Sachen zurückgestellt. Ich brauche aber hier nicht im einzelnen darauf zurückzugehen.

Es ist jedenfalls ein Tableau zusammengestellt worden, aus dem hervorgeht, was alles an Insertionsaufträgen festgelegt worden ist. Sie ersehen daraus, was in den großen Illustrierten, in den Rundfunk- und Fernsehzeitschriften, in den Fachblättern, in der Heimatpresse usw. geschieht. Mitte Mai beginnen die großen Illustrierten mit diesen Inseraten von je einer halben Seite. In den letzten vier Ausgaben vor der Wahl erscheinen dreiviertelseitige Anzeigen. Durch eine sogenannte weiche Welle erfolgt ein langsames Hinführen der Leser der Illustrierten an die Tatsachen. Die Auflagenziffern sehen wie folgt aus:

Illustrierte Zeitungen	7,2 Millionen
Rundfunk- und Fernsehzeitschriften	5,7 Millionen
Frauenzeitschriften	2,2 Millionen

Wir inserieren auch in den Zeitschriften, die in die Lesemappen kommen, z.B. Readers Digest.

Großstadtresse	4,2 Millionen
Heimatpresse	3,4 Millionen

Diese Inserate erscheinen erst in der Schlußphase.

Landwirtschaftliche Zeitungen	1,2 Millionen
Betriebsorgane	0,8 Millionen
Boulevardpresse („Bild“-Zeitung)	3,2 Millionen

(Weber: Wie ist es mit dem „Spiegel“?) Er kommt auch dran! (Weber: Ich frage nur aus Scherz!) „Bild am Sonntag“ und „Das neue Blatt“ erscheinen in 5,4 Millionen Auflagen.

Im Fernsehen sind vorgesehen: zwei Sendungen à zehn Minuten, 13 Sendungen à fünf Minuten. Es wird nicht so gemacht, daß jemand gebeten wird, fünf Minuten lang einen Monolog zu halten, sondern das geht alles durch vorbereitete Fernsehfilme. Der erste Fernsehfilm ist im Rohschnitt fertig. Sie können sich vorstellen, wie schwierig es ist, bis das im einzelnen fertiggestellt ist, bis der Zuschauer sagt: Das ist in Ordnung. Es muß vorher alles genau geplant und überlegt werden.

Auch die Plakatierung ist vorbereitet. Es waren etwa 50 Entwürfe für Plakate und Inserate vorhanden. Diese werden im Wahlgremium noch einmal durchgesprochen. Wir haben die entsprechenden Stellen für die letzten 14 Tage vor der Wahl reserviert. Es wird alles mit den Landesgeschäftsführern nach den erkannten besten Werbemethoden abgesprochen. Wir haben eine Fülle von Hilfsmitteln vorgesehen, wie Rednerdienste, Informationsdienste, Broschüren, und zwar mit der Blickrichtung, daß diese Mittel auch wirklich an den herankommen, den es angeht; sie dürfen auf keinen Fall auf der Kreis- oder Landesgeschäftsstelle liegenbleiben. Wir geben hohe Beträge für dieses Material aus.

Zunächst haben wir ein Netz von Vertrauensleuten gebildet, das etwa 25.000 Männer und Frauen umfaßt und die Junge Union. Dieses Vertrauensmännernetz wird wöchentlich ausgestattet mit dem „Union in Deutschland“ und einer Fülle von anderem Informationsmaterial. Wir haben außerdem eine Rednerdienst-Sonderausgabe als Manuskript herausgegeben: „Wer ist Willy Brandt?“²⁶ Hier werden nur eigene Zitate aus Büchern und Aufsätzen von Brandt gebracht. Sie sind so ausgewählt, daß uns weder Vorwürfe noch Prozesse gemacht werden können. Die erste Auflage in Höhe von 30.000 Stück ist völlig vergriffen. Wir überlegen, ob wir einen Nachdruck machen.

Wir werden etwa zehn Fernsehfilme, drei bis vier Zeichentrickfilme und 25 Werbefilme herausbringen. Die Filme sind sehr teuer. (Müllenbach: Ein Rundfunkfilm von 50 m Länge in sämtlichen Kinos bei einer Woche Laufzeit kostet rd. DM 800.000,-. – Gerstenmaier: Ich halte dafür eine Rede mehr, und dann geben Sie mir die Hälfte! – Lebhaftige Heiterkeit.) Das Wahlgremium hat gesagt, wir sollten trotzdem von der Kinowerbung soweit wie möglich Gebrauch machen. Ins Kino gehen wöchentlich Millionen Menschen; unter ihnen sind sehr viele, die noch kein Fernsehen haben.

Ich darf noch erwähnen den „SPD-Spiegel“²⁷, der im Druck ist, aber bis zum Bundesparteitag vorliegen wird. In ihm ist im einzelnen ein umfassendes Material

26 „Wer ist Willy Brandt? Lebenslauf, persönliche Entwicklung und politische Ansichten des Kanzlerkandidaten der SPD in seinen Selbstzeugnissen“ (CDU Rednerdienst/Sonderausgabe Januar 1961. Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn).

27 „SPD-Spiegel“ (Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der CDU. Bonn 1961).

bezüglich der Sozialdemokraten enthalten. Außerdem ist in redaktioneller Bearbeitung ein CDU-Spiegel²⁸, der auf rund 150 Einzelfragen eine Antwort gibt, so daß der kleine Mann in der Lage ist, seinerseits eine einigermaßen sachkundige Antwort zu geben.

Wir haben eine Fülle von Tagungen und Besprechungen gehabt. Wir haben Kontakte hergestellt zu allen möglichen Verbänden, zu den kommunalen Spitzenverbänden, zu den Landsmannschaften, zu den christlichen Arbeitnehmerorganisationen. Wir haben insgesamt zehn solcher Kontaktgespräche geführt. Wir halten in Eichholz²⁹ laufend Wahlkampfausbildungslehrgänge ab. Wir haben weiter zwei Pressetagungen durchgeführt, wobei wir unsere befreundete Presse, insbesondere die Heimatpresse, nach Bonn und nach Eichholz eingeladen haben. Wir sind der Meinung, daß die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen nicht ganz unbeeinflußt von diesen Vorbereitungen geblieben sind, denn wir haben uns über viele kommunalpolitische Themen in unserem Wahlgremium unterhalten. (*Gerstenmaier*: Haben wir denn das Geld?) Die entsprechenden Vorkehrungen sind getroffen. Aber nun ist im Augenblick der Bundesschatzmeister getürmt. (*Krone*: Er hat sich entschuldigt!)

Kraske: Wenn wir das Geld bekommen für den zentralen Wahlkampf, was uns zugesagt worden ist – allerdings vor zwei bis drei Monaten, und inzwischen hat es einige einschneidende Ereignisse gegeben³⁰ –, dann können wir einen sauberen und, wie ich glaube und hoffe, einen ausreichenden Wahlkampf führen, was die zentralen Werbemittel angeht. Wir müssen uns allerdings darauf vorbereiten, daß die SPD in diesem Wahlkampf wahrscheinlich wesentlich mehr Geld zur Verfügung hat und ausgeben wird als wir und daß sie ihr Geld nicht – wie z.B. 1957 – unsinnig verzetteln wird. Sie hat inzwischen von uns gelernt und wird sich wohl auch stärker konzentrieren als bisher.

Nach der Stimmung in einigen dafür zuständigen Kreisen wird auch die FDP sehr viel mehr Geld haben, als es ihrer Größe zukommt. Es ist nach meiner Meinung eine sehr gefährliche Tendenz, wenn die FDP sagt: Wir wollen zwar diese Politik mit der CDU fortsetzen, aber wir wollen nicht, daß die CDU die absolute Mehrheit bekommt. Wir sollten uns aber nicht erschrecken lassen wegen der Materialschlacht, wenn wir in diesen Wahlkampf gehen. Mit dem, was uns an Geld auf Bundesebene zugesagt ist, brauchen wir uns nicht zu verstecken. Schwierig scheint mir allerdings die Finanzierung zum Teil in den Landesteilen zu sein.

Von Hassel: Niemand unterschätzt die FDP, und wir müssen alles tun, sie so unglaublich wie möglich zu machen. Ich darf aber daran erinnern, daß beim

28 Nicht zu ermitteln.

29 Vgl. Nr. 11 Anm. 23.

30 Gemeint ist vermutlich die Erklärung des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Februar 1961, die Deutschland-Fernsehen-GmbH sei verfassungswidrig und die Aufwertung der DM am 6. März 1961, die vom BDI-Präsidenten Berg scharf kritisiert worden war; schließlich fand vom 23. bis 25. März 1961 noch der FDP-Parteitag statt.

Bundestagswahlkampf 1957 die FDP in Schleswig-Holstein rein optisch mindestens so umfangreich gewirkt hat wie die CDU, aber es hat ihr nicht viel genutzt, obwohl sie nicht weniger Geld hatte als wir.

Gerstenmaier: Die FDP hat bewußt darauf abgestellt, eine Korrektur- oder Korrektivpartei zu sein, aber sie läßt uns die ganze Problematik. Ich glaube, daß man diese ganze Position zumindest in den protestantischen Teilen Deutschlands ernst nehmen muß. Wir können nicht davon abgehen, diese Sache ernst zu nehmen. Ich warne davor zu vergessen, daß wir eventuell in eine Situation kommen können, wo wir einfach darauf angewiesen sein werden, die Leute in die Koalition hineinzunehmen und ihnen dann in der Koalition etwas zugestehen zu müssen, was wir bisher nicht bereit waren, im Rahmen unseres eigenen Programms dem deutschen Volke zu präsentieren. Wenn wir auf diese Weise uns zur Koalition zwingen lassen müssen, dann kann uns die Geschichte sehr teuer zu stehen kommen. Infolgedessen bin ich der Meinung, daß wir die Sache sehr ernst nehmen und eine energische Auseinandersetzung mit der FDP anstellen müssen.

Von entscheidender Bedeutung halte ich hierfür z.B. die Kritik, die Theodor Blank an die FDP-Leute in meinem Haus beim Zusammensein mit den Industriellen des Kohlenpotts geübt hat, als er voller Wut, aber mit Recht, der FDP vorwarf, wie bewilligungsfreudig sie sei. Immerfort pflanzt doch diese Partei in das Bewußtsein der Massen: Wir sind gegen die Staatsversorgung. Theo Blank hat es sehr eindrucksvoll dargestellt, daß diese Leute zum Teil die SPD zu überbieten trachten mit ihrer verantwortungslosen Bewilligungsfreudigkeit.

Rehling: Interessant ist auch, daß die FDP in Münster 15.000 Stimmen gewonnen hat. Das sind die Stimmen von Mittelständlern, in erster Linie von Bauern. Jedenfalls war das die Überzeugung des Fraktionsvorsitzenden des Landschaftsverbandes, der Landrat im Münsterland ist und erklärt hat, daß eine Reihe von Leuten in seinem Bezirk gesagt hätten: Diesmal haben wir noch CDU gewählt, aber bei der Bundestagswahl tun wir es nicht mehr.

Ich muß sagen, daß die FDP sich sehr zu Unrecht als diejenige ausgibt, die in erster Linie die landwirtschaftlichen Interessen vertritt. Wir haben leider bei uns in Westfalen den Herrn von Oer, der jede Gelegenheit benutzt, um eine Anti-CDU-Politik zu machen. Auch Präsident Rehwinkel³¹ hat in Dortmund bewußt von der Anti-Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung gesprochen. Diese Dinge müssen wir sorgfältig im Auge behalten.

Von Hassel: Interessant ist auch, daß die FDP in Brüssel das Getreideabkommen abgelehnt hat.

31 Edmund Rehwinkel (1899–1977), seit 1947 Präsident des Niedersächsischen Landvolks, 1959–1969 Präsident des DBV. – Lebenserinnerungen: Gegen den Strom. Erinnerungen eines niedersächsischen, deutschen und europäischen Bauernführers. Dorheim 1973.

Meine Damen und Herren! Wir haben noch, bevor wir zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen kommen, einen Bericht von Herrn Hoogen entgegenzunehmen.

Zimmer: Herr Gerstenmaier hat gesagt, die FDP werde in evangelischen Kreisen zu einer Gefahr. Nun freue ich mich, daß Frau Dr. Rehling etwas vorweggenommen hat, was ich unterstreichen will, daß dies nicht nur für evangelische, sondern auch für katholische Kreise gilt. Bei vielen Wählern, die uns gewählt haben, wird heute die Politik zum großen Teil nach materiellen Erwägungen beurteilt. Wenn jetzt nicht für eine entsprechende Klarheit gesorgt wird, dann gewöhnen sich die Leute daran, allmählich wie die FDP zu denken.

Ich hätte gern gesehen, wenn in den Verlautbarungen der CDU-Fraktion ganz klar und nüchtern festgestellt worden wäre, daß bei den Etatberatungen die FDP diese Anträge auf Mehrausgaben gestellt hat, daß sie ferner bei allen diesen Anträgen mit der SPD gestimmt hat. Ich habe in der Presse die Mitteilung vermißt, daß die FDP – die angebliche Sparpartei, die mit dem Bund der Steuerzahler zusammengeht – über 2,3 Milliarden DM Mehrausgaben beantragt, aber nur die CDU in ihrer Geschlossenheit diese Mehranträge abgelehnt hat. Das gleiche gilt für die DM-Entschädigung! Ein Wahnsinn! Die ganze deutsche Presse hat diesen ungeheuerlichen Antrag einfach totgeschwiegen. Wir müssen dafür sorgen, daß dieser Antrag, dessen Auswirkungen nicht zu übersehen sind, bekanntwird.

Ich möchte dringend darum bitten, daß wir gegenüber der FDP und ihrer verlogenen Demagogie ganz klar Stellung nehmen. Von hier droht nämlich Gefahr. Ich unterstreiche all das, was Herr Gerstenmaier gesagt hat. Wenn die FDP in die Koalition genommen werden muß, dann bedeutet das für die CDU-Politik eine gefährliche Verwässerung, und damit machen wir uns bei unseren eigenen Anhängern unglaublich. Wir müssen also gegen die FDP eine ganz klare Sprache sprechen, und zwar untermauert mit diesen konkreten Vorgängen aus dem Bundestag. Dazu kommen noch die Verbrüderungsszenen, die wir von seiten der FDP mit Wehner erlebt haben; Sie wissen ja, wer dort immer hin und her läuft. Ich bin der Meinung, daß wir hier eine offensive Haltung einnehmen, aber keineswegs wie bisher primär defensiv sein sollten.

Von Hassel: Sind Sie im Haushaltsausschuß, Herr Zimmer? (*Zimmer:* Nur gelegentlich Stellvertreter! – *Zuruf:* Herr Stoltenberg ist drin!) Könnten Sie mal mit Herrn Stoltenberg reden und ihn bitten, einmal festzustellen, was die FDP an Mehrausgaben beantragt hat? (*Zimmer:* Ohne Deckungsvorschläge zu machen! – *Gerstenmaier:* 6,3 Milliarden wurden mir genannt, aber ich verbürge mich nicht. – *Zuruf:* Herr Stoltenberg hat mir gesagt, daß sich die FDP-Anträge auf 4,8 Milliarden belaufen.) Es wäre ausgezeichnet, wenn wir das Material bekämen. Auch wir versuchen, über Herrn Furler das Material wegen des Getreideabkommens³² zu

³² Gemeint ist die fünfte Novelle zum Getreidegesetz (BT-Drs. 2639 vom 5. April 1961; 19. April 1961 Sten.Ber. 3. WP Bd. 48 S. 8902; BULLETIN Nr. 233 vom 14. Dezember 1960 S. 2258).

erhalten. (Zimmer: Auch der letzte „Agrarbrief“ muß erwähnt werden. Dort wird von Lücker das geschildert, was für den Wahlkampf sehr wichtig ist.³³)

Kraske: Die Gefahr der FDP unterschätze ich nicht; sie spielt tatsächlich eine größere Rolle als 1957. Aber ich muß nach allen Erfahrungen, die wir gemacht haben, davor warnen, außer bei sehr besonderen Gelegenheiten – z.B. in besonders gelagerten Wahlkreisen – noch einen Wahlkampf gegen die FDP zu führen. Ich würde paradox formulieren: Je mehr wir die FDP angreifen wollen, desto mehr müssen wir die SPD angreifen. Die FDP hat sich 1957 von uns am meisten dadurch geschädigt gefühlt, daß wir sie ignoriert und verschwiegen haben. Deshalb versucht sie jetzt mit Macht, uns zu provozieren, damit wir sie durch unsere Reaktion und durch unsere Angriffe hochspielen. Man darf nicht unterschätzen, daß auch eine etwas verstärkte FDP immer noch eine kleine Partei bleiben wird, eine Partei, die vielleicht im besten Fall für jeden zehnten Wähler interessant ist; aber sie wird für alle übrigen interessant, wenn sie plötzlich im Wahlkampf und in den Äußerungen der CDU immer wieder erscheint und genannt wird. Ich halte es nach wie vor für allein richtig, im Wahlkampf zu sagen: Die große Alternative ist auf der einen Seite die CDU und auf der anderen Seite die SPD. Dazwischen gibt es praktisch nichts.

Von Hassel: Ich persönlich tue die FDP mit einer Handbewegung ab. Diese Handbewegung wird damit erläutert und unterstrichen, die FDP tue angeblich Gott weiß was für die Landwirtschaft usw., in Wirklichkeit geschieht aber nichts.

Ich darf nun Herrn Hoogen bitten, etwas zu dem Problem der Richter zu sagen, ein Thema, über das es innerhalb der CDU im Bund und in den Ländern verschiedene Auffassungen gibt.

VERSCHIEDENES: RICHTERGESETZ; KOMMUNALWAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN UND NIEDERSACHSEN

Hoogen: Es handelt sich bei diesem Problem um Richter, die nach dem damaligen Recht Todesurteile fällten und heute noch im Amt sind. Diese Frage ist bereits im Fraktionsvorstand beraten worden. Sie drängt deshalb, weil wir im Bundestag zwischen Ostern und Pfingsten das Richtergesetz in dritter Lesung beraten³⁴ und weil auch der Bundesrat an uns herangetreten ist. Wir haben bereits eine gemeinsame Sitzung mit den Justizministern aller Länder gehabt. Die Justizminister der Länder haben erklärt: Es muß vom Grundgesetz eine Möglichkeit geschaffen werden, die Richter, die nicht dazu bereit sind, pensionieren zu lassen.

33 H.A. Lücker: „Agrarpolitik der FDP bleibt zwielichtig“. In: „Der Agrarbrief“ 4 vom 24. März 1961 S. 1f. – Hans August Lücker (geb. 1915), 1953–1980 MdB (CSU), 1958–1984 MdEP (1969–1975 Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Fraktion, 1975–1979 Vizepräsident). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1297 Anm. 72.

34 Entwurf eines Deutschen Richtergesetzes vom 9. Juli 1958 (BT-Drs. 516); zweite und dritte Lesung am 14. Juni 1961 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9368–9380); Deutsches Richtergesetz vom 8. September 1961 (BGBl I S. 1665–1684).

Was ich hier erkläre, ist lediglich ein Bericht. Meine persönliche Meinung halte ich zunächst zurück. Im Bundesrat wird uns von dem Vertreter der Justizminister, Herrn Flehinghaus, gesagt: Wir kommen ohne Grundgesetzänderung nicht aus, um diese Restfälle von Richtern zu regeln. Von etwa 400 bis 500 Fällen sind es noch rund 60 in allen Ländern, die geregelt werden müssen. Das geht nach Ansicht der Justizminister der Länder nicht ohne Grundgesetzänderung. Die nächste Sitzung des Rechtsausschusses des Bundestages mit den Justizministern der Länder ist am 20. April. Deswegen sage ich das im Bundesvorstand.

Der CDU-Fraktionsvorstand hat sich sehr reserviert verhalten. Das Kabinett hat gesagt: Keine Grundgesetzänderung! Es muß auf andere Weise geschehen. Die Justizminister der Länder sagen: Bei den Bundesrichtern gibt es, mit Ausnahme eines einzigen Richters, keinen Fall, es ist also ein Anliegen der Länder. In den Ländern haben wir rd. 12.000 Richter. Davon sind es 60 Fälle, die nicht ohne Grundgesetzänderung geregelt werden können. Ich frage, was tut die CDU, wenn der Bundesrat mit der Gesetzesinitiative kommt? (*Dufhues*: Wenn der Bundesrat initiativ wird? Das verstehe ich nicht!)

Von Hassel: Der Bundesrat könnte zumindest nachher im Vermittlungsausschuß beim Richtergesetz einen derartigen Antrag bringen. Er kann den Vermittlungsausschuß anrufen mit dem Begehren, dies zu tun. (*Zuruf*: Nicht zur Grundgesetzänderung!) Richtig, es ist aber folgendes: Für den Vorstand ist interessant, daß die Justizminister einer Reihe von Ländern Freie Demokraten sind, so in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern und Berlin. Ich weiß nicht, wer im Saarland Justizminister ist. Wir haben die Dinge in Schleswig-Holstein im Kabinett sehr vorsichtig behandelt. Tatsächlich sind 60 Fälle nicht zu lösen. Schleswig-Holstein hat zwei Fälle dadurch gelöst, daß es die beiden Richter dazu bewogen hat, sich pensionieren zu lassen. In Hamburg ist das nicht gelungen. Dort sind es sechs Fälle. Und weil die Herren in Hamburg nicht zu Rande kommen, scheint mir von denen der Ausgangspunkt zu kommen, hier eine gesetzliche Regelung durchzuführen.

Ich hielte es für sehr unglücklich, deswegen das Grundgesetz zu ändern, weil einige Länder nicht mit diesem Problem fertigwerden. Neben Schleswig-Holstein gibt es auch noch andere Länder, die damit fertiggeworden sind. (*Zuruf*: Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein haben es gelöst.) Wir sollten daher den anderen Ländern klarmachen, ihre Probleme gefälligst allein zu lösen, aber den Bundestag mit einer Grundgesetzänderung zu verschonen.

Gerstenmaier: Es ist müßig, jetzt über die Grundgesetzänderung zu sprechen; denn in dieser Legislaturperiode kann keine Rede davon sein, daß der Bundestag zwischen Ostern und Pfingsten das Grundgesetz ändert. Ich warne davor, dieses Problem in die Rubrik zu bringen, in der eine Zeitlang das Aktienrecht gestanden hat. Wenn Sie diese Sache in den Bundestag bringen, dann gibt es eine Diskussion allerersten Ranges. Und mit dieser Diskussion geht der ganze Krach los, der in diesem Haus unterschwellig vorhanden ist über das Grundgesetz seit dem Karlsruher Urteil. Wenn Sie das wollen,

dann machen Sie es. Es kann aber nach meiner Meinung keine Rede sein, daß wir die Geschichte durchziehen.

Herr Kollege Hoogen, verzeihen Sie, wenn ich bei dieser Gelegenheit sage: Wenn es nicht unbedingt sein muß, würde ich dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses zur Erwägung geben, ob er wirklich noch den Bundestag in dieser Legislaturperiode mit dem Richtergesetz glücklich machen will.

Dufhues: So einfach sind die Dinge nicht, wie sie dargestellt worden sind. Wir haben uns in den Ländern vergeblich bemüht, einzelnen Richtern klarzumachen, daß sie falsch oder fehl am Platze sind. Es liegen in der Tat zum Teil Verfehlungen vor, die man ohne Schwierigkeit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit kennzeichnen kann. Aber die Richter haben kein Verständnis dafür. (*Zuruf:* Nette Richter!) Ich neige Ihrem Prinzip zu, die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Regelung zu schaffen, aber ich bin überrascht von dem Hinweis des Herrn Hoogen, daß im Bundesrat die Absicht bestünde, initiativ zu werden.

Wir waren uns darüber einig, daß diese Frage nur dann aufgegriffen werden dürfe, wenn feststehe, daß der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit einem solchen Gesetz zustimme. Wenn das aber nicht mit Sicherheit gegeben ist, können wir nur außenpolitisches Porzellan zerschlagen, wenn nämlich so etwas vom Bundesrat entschieden wird, was nachher am Bundestag scheitert.

Deshalb meine ich, daß wir von den Ländern alles tun sollten, um eine solche Initiative – wenigstens im Augenblick – zu verhindern. Wir haben nicht die Chance, es durchzubringen. Und dann ist der Schaden größer als alles andere.

Schröder: Es ist für den Bundesvorstand sehr schwer, darüber zu diskutieren, weil man die Tatsachen zunächst einmal ausbreiten müßte. Aber soviel kann man sagen: Der Fraktionsvorstand hat über diese Sache gesprochen, und es hat dort keine Stimme sich für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen. Auch das Kabinett hat sich damit befaßt. Auch hier gab es keine Stimme für eine solche Änderung. (*Krone:* Herr von Brentano rief mich an; er neige zu einer Änderung, sagte er!) Das Kabinett war aus folgenden Gründen einig: Die Bestimmung, die man schaffen wollte, sollte nach zwölf Jahren in die Übergangsbestimmungen des Grundgesetzes eingebaut werden. Es ist eine Bestimmung, die allein schon nach ihrem Text ganz scheußlich ist. Der eigentliche springende Punkt war der, daß letztlich der Bundesgerichtshof im Streitfall mit einem solchen Richter das letzte Wort haben sollte. Es wäre entsetzlich, diese letzte Verantwortung dem Bundesgerichtshof zuzuschieben. Damit könnte man dessen Autorität unter Umständen auf das schlimmste gefährden, wenn er aus subjektiven Gründen bei dem einen oder anderen Fall nicht zu einem Ergebnis käme. Wir kämen also damit in des Teufels Küche. Wir würden unbedingt jedes andere Mittel für legitimer und richtiger halten. Im übrigen kann man einen Mann, den man aufs tote Gleis bringen will, tatsächlich dort hinbringen.

Von Merkatz: Es muß zunächst einmal verhindert werden, daß der Bundesrat

hier initiativ wird. Insbesondere muß dies mit Rücksicht auf den Eichmann-Prozeß³⁵ verhindert werden. Man könnte eine Situation heraufbeschwören, die eventuell katastrophale Wirkungen hätte. Es müßte bei einer solchen Änderung auch eine richterliche Instanz vorhanden sein. (*Schröder*: Es ist das Schlimmste, wenn der Bundesgerichtshof in diese Lage kommt!)

Hoogen: Ich persönlich denke darüber so: Es muß unbedingt verhindert werden, daß in diesen Wochen und Monaten innerhalb der CDU ein Krach aufkommt. Wir müssen irgendeinen Weg finden, der zu einer passablen Behandlung der Fälle führt. Unterdessen teilt mir die SPD mit, ihr Parteivorstand und ihre Fraktion hätten beschlossen, sich einmütig für die Grundgesetzänderung auszusprechen. Wir müssen also damit rechnen, daß die SPD mit dieser Initiative kommen wird, wenn sie nicht vom Bundesrat aus erfolgt. Die Frage lautet also, wie verhalten wir uns dann und was sagen wir im Plenum? Wenn die Fälle, um die es geht, im Plenum vorgetragen werden, muß die CDU etwas dazu sagen. Wenn die CDU die Grundgesetzänderung nicht will, kann sie nur sagen, daß das geltende Gesetz ausreiche. (*Zurufe*: Das ist richtig und muß auch geschehen!)

Gerstenmaier: Die Sache wird im Ältestenrat behandelt. Ich werde dort sagen: Kommen Sie bloß nicht mit einer Grundgesetzänderung zwischen Ostern und Pfingsten oder zwischen Pfingsten und dem 1. Juli. Das Haus und seine Kanäle sind vollgestopft. Es kommt überhaupt nicht in Frage. Wiedervorlage im Herbst!

Hoogen: Darf ich bitten, die Theorie des „vollen Kanals“ am 20. April zu vertreten, weil wir dann im Bundesrat zusammenkommen. In der FDP ist es so, daß ein Drittel der Leute unter Führung von Dehler dafür sein sollen. (*Von Hassel*: Bei meinem Justizminister in Schleswig-Holstein habe ich davon nichts gemerkt!) Herr Haußmann hat gesagt: Ich störe die Einheit des Bundesrates nicht. Wenn es dazu kommen wird, bin ich dafür.

Dufhues: Wir haben formell beschlossen: Keinen Initiativantrag, solange nicht feststeht, daß der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit zustimmt.

Von Hassel: Ich darf feststellen: Es ist die einheitliche Auffassung, unter keinen Umständen eine Grundgesetzänderung in dieser Legislaturperiode vorzunehmen. Die Länder sollen sich darum bemühen, selber damit fertigzuwerden.

Nun haben wir noch kurz zwei Berichte über die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen entgegenzunehmen.

Dufhues: Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen hatten eine wesentlich höhere Beteiligung als bei den Landtagswahlen im Jahre 1958. Der Anteil der Stimmen bei den Kommunalwahlen betrug:

35 Adolf Eichmann (1906–1962, hingerichtet), Obersturmbannführer der SS. – Eichmann war im Mai 1960 aus Argentinien entführt und nach Israel gebracht worden. Der Prozeß begann am 11. April 1961. Zum Prozeß SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 211–215; Bernd NELLESSEN: Der Prozeß von Jerusalem. Düsseldorf 1964; Adalbert RÜCKERL: NS-Verbrechen vor Gericht. Heidelberg 1982 S. 156f.

	1956	1961
CDU	38,2 %	45,0 %
SPD	44,2 %	40,7 %
FDP	9,6 %	10,2 %

Die günstigsten Ergebnisse der CDU wurden erzielt in den Landkreisen und in den Städten unter 100.000 Einwohnern. Das flache Land hat nicht nur an sich, sondern auch in der Relation wesentlich zur Steigerung der CDU-Stimmen beigetragen. Die FDP hat im wesentlichen in den Großstädten zugenommen. Die Verhältnisse sind umgekehrt bei der SPD. Wir haben in zahlreichen Kreisen und kreisfreien Städten die absolute Mehrheit der SPD beseitigen können. Die SPD hatte bisher in 36 Stadt- und Landkreisen die absolute Mehrheit, jetzt aber nur noch in 17 Wahlkreisen.

Die CDU hatte bisher in 27 Stadt- und Landkreisen die absolute Mehrheit. Sie hat sie nunmehr auf 41 Kreise erweitern können.

Die FDP hat in Westfalen ihren Anteil an der Gesamtstimmenzahl um 0,1 und im Rheinland um 0,9 % erhöhen können. Das bedeutet, daß die Entwicklung der FDP in den einzelnen Bezirken und Teilen des Landes sehr unterschiedlich ist. Sie hat sich in Bezirken, in denen sie bisher verhältnismäßig schwach vertreten war – in Teilen des Industriegebietes, aber auch im Münsterland – verbessern können. Dagegen hat sie in zahlreichen Städten des Industriegebietes, vor allem im Sauerland und in Ostwestfalen, wesentlich eingebüßt. Besonders bemerkenswert ist, daß die FDP gerade in Ostwestfalen und in anderen Teilen mit überwiegend evangelischer Bevölkerung viel verloren hat, z.B. in Ostwestfalen 3,1 %, in Herford 3,5 % usw.

Sie ersehen daraus, daß man die Entwicklung der FDP keineswegs einheitlich beurteilen kann. Die Entwicklung ist durchaus unterschiedlich; in einzelnen Bezirken hat sie zugenommen, in anderen hat sie abgenommen. In einzelnen ländlichen Kreisen hat die FDP aufgrund ihrer rücksichtslosen agrarpolitischen Parolen Erfolge erzielt. Aber einheitlich ist das Bild nicht.

Unser Erfolg bei den Kommunalwahlen ist nach meiner Auffassung darauf zurückzuführen, daß der Wahlkampf sehr viel sorgfältiger vorbereitet worden ist, als dies früher geschehen ist. Wir haben den Wahlkampf systematisch vorbereitet durch zahlreiche Besprechungen in den Kreisen. Dazu kam die starke Diskussion über kommunalpolitische Probleme in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch durch die Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts, das sich hier einmal positiv bemerkbar gemacht hat.

Entscheidend war der vorbildliche Fleiß all derer, die in der CDU tätig sind. Der Wahlkampf ist, im Gegensatz zu früheren Wahlkämpfen, eindeutig gegen die SPD geführt worden. Früher haben wir gesagt: Wir haben eine gemeinsame Politik mit der SPD gemacht. Diesmal haben wir es anders gemacht. Psychologisch ist von Bedeutung, daß wir in Kreisen mit überwiegend evangelischer Bevölkerung unsere Positionen wesentlich haben verbessern können, z.B. in Wuppertal, Bielefeld,

Ostwestfalen. Das bedeutet, daß die FDP und die SPD mit ihrer Propaganda gegen den „schwarzen“ Charakter der CDU in der Öffentlichkeit nicht angekommen sind.

Insgesamt glaube ich, daß die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen den Boden für eine erfolgreiche Bundestagswahl bereitet haben. Wir haben die Wahl im wesentlichen bestritten mit der Behandlung kommunalpolitischer Probleme. Die Herren der sogenannten Bundesprominenz haben sich zurückgehalten. (*Schröder*: Sie haben aber auch sehr nette Reden gehalten! – *Von Hassel*: Deshalb das gute Ergebnis!) Wieviel besser müssen erst dann die Bundestagswahlen ausgehen!

Fricke: Wir haben zwar nicht so viel gewonnen wie Nordrhein-Westfalen, aber immerhin hat der Appell des Bundeskanzlers zum Sturm auf die roten Rathäuser Erfolg gehabt. Sie müssen davon ausgehen, daß wir es viel schwerer hatten, und zwar von Anfang an schon, weil Niedersachsen immer eine Domäne der SPD gewesen ist. Die SPD hatte im ersten Landtag 65 Mandate, wir 30 und die DP 29. Jetzt haben wir 52, die SPD 65, die DP 19, der BHE 13 und die FDP 8.

Erfreulicherweise bekommt die FDP von der Fördergesellschaft seit zwei Jahren keinen roten Pfennig mehr. Die Koalition mit der SPD hat der FDP bei uns beinahe den Todesstoß versetzt. Die Quittung für die Bestrebungen zur Fusion hat die FDP bekommen. Die SPD hat bei der Kommunalwahl gegenüber 1956 von 38,6 auf 38,8 % (144.000 Stimmen) zugenommen; die CDU hat aber ihren Stimmenanteil gegenüber 1956 sogar von 20,5 auf 28,2 % erhöhen können. Sie liegt bei dieser Kommunalwahl mit rd. 970.000 Stimmen um 80.000 Stimmen niedriger als bei der letzten Landtagswahl. Das liegt aber ausschließlich an der geringeren Wahlbeteiligung, die in den Städten nur 73 % betragen hat.

Wir sind in den Großstädten aus dem bisherigen Ghetto heraus. In Goslar haben wir 15 Mandate bekommen. Hätten wir die Briefwahl gehabt, dann wären es wahrscheinlich alle 16 geworden. Wir sind in Braunschweig und in Hannover von 11 auf jeweils 17 Mandate gewachsen. Die DP hat bereits die Quittung dafür bekommen, daß sie gegenüber der letzten Kommunalwahl von 15,4 auf 9,4 % zurückgefallen ist. Auch der BHE ist von 10,8 auf 8,4 % gesunken. Die DP ist in manchen Bereichen fast verschwunden, auch in Braunschweig wurde sie stark dezimiert.

Wir glauben, daß wir mit diesem Ergebnis zufrieden sein können. Wir haben bisher in den 16 kreisfreien Städten 131 CDU-Ratsherren gehabt, und nunmehr sind wir auf 192 angewachsen. Das sind 50 % mehr als bisher. Am erfreulichsten ist aber, daß die DRP aus dem Stimmenverlust der DP nicht gewonnen hat, nicht einmal bei der Kommunalwahl, obwohl sie da besonders intensiv und konzentriert tätig war. Die DRP ist gegenüber der letzten Kommunalwahl von 2,3 auf 2 % abgesunken.

Dufhues: Ein Problem – ich habe eben vergessen, es zu erwähnen –, das für die Bundestagswahl größere Bedeutung hat als für die Kommunalwahlen, ist die Demokratische Wähler-Union, die sich in Nordrhein-Westfalen als Partei organisiert hat, und zwar auf der Landesebene.³⁶ Sie hat sich erstmalig auch in

³⁶ Gründung im Juli 1960 in Duisburg. Vgl. UiD Nr. 41 vom 13. Oktober 1960 S. 5 (Durch

Niedersachsen auf Landesebene organisiert. Sie hat folgende Anteile erhalten: Bottrop 6 %, Gelsenkirchen 2,5 %, Recklinghausen 1,3 %, in anderen Städten 1 bis 2 %. (Zuruf: Das sind Kommunisten!) Nein, das sind sie nicht! Sie sehen also, daß die DWU durchaus die Möglichkeit hat, einen nicht geringen Teil der Stimmen auf sich zu vereinigen. Sie arbeitet systematisch weiter am Ausbau ihrer Organisation. In ihr sind Kräfte tätig, die mit der SPD unzufrieden sind. Ich halte es für notwendig, daß man die weitere Entwicklung zunächst einmal abwartet und keine Erklärungen darüber abgibt, wie sie politisch zu klassifizieren ist. Das sollte man erst tun, wenn die weitere Entwicklung besser übersehen werden kann.

Von Hassel: Ist es möglich, einmal gegenüberzustellen den Stimmenanteil der DWU dem entsprechenden Verlust der SPD?

Dufhues: Die SPD hat z.B. in Bottrop bei der Wahl 1961 erreicht: 26.780 Stimmen, bei der letzten Kommunalwahl dagegen 28.746. Die DWU hat 3.600 Stimmen bekommen.

Von Hassel: Ich darf den beiden Herren für ihre Berichte und auch zugleich allen, die in den Landesverbänden bis in die Ortsparteien hinein tätig sind, sehr herzlich danken. – Damit möchte ich die Sitzung schließen und Ihnen allen eine gute Heimfahrt wünschen. Wir sehen uns bald wieder in Köln.

20

Köln, 24. April 1961

Sprecher: Adenauer, Albers, Blumenfeld, Burghacher, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, Kraske, Krone, Scheufeleni, Schmidt, Schröder.

Bericht zur politischen Lage. Ablauf des Bundesparteitages. Finanzfragen. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 11.20 Uhr

Adenauer: Meine Herren! Vorläufig sage ich „Meine Herren“, denn es ist noch keine Dame da. Herr Kraske hat mir mitgeteilt, daß hier in diesem Saal sechs Plätze

die Hintertür. KPD-Kandidaten als „Unabhängige“ getarnt); UiD Nr. 47 vom 24. November 1960 S. 8 („Plafond“ für Kommunisten?); „Bonner Informationen“ vom 11. Januar 1961 (In eigenen Stricken gefangen).